

38 | November
Dezember '77

offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 5 Warasch-Freispruch:
Kein Grund zum Jubeln
- 9 Anti-AKW-Bewegung:
Probleme und
Perspektiven
- 14 7.11.1917: Von der
Revolution zum
"realen Sozialismus"
- 17 Terrorismus:
Verschleierung -
Entschleierung

Kommen die Medienarbeiter

"Denn so jetziger zeit ein neue matery zuschreiben erfunden ist", berichtet eine 1499 erschienene Enzyklopädie, "wirdt in einem tag/ so viel Schrift von eim Menschen gedruckt/ als in etlichen wochen von vielen geschrie- ben möcht werden/ darauß so eine grosse mennig der bücher/ in allen künsten/ an tag kommen/ das bey nahe kein Buch mehr ist/ des der Leser manglen dürffe. "

Ungefähr 1500 Zeichen pro Stunde konnte ein geübter, nach dieser "neuen matery" arbeitender Setzer aneinanderreihen. Für diese Zeichen- menge braucht eine elektronisch ge- steuerte Fotosetzmaschine heute theoretisch 15 Sekunden. Theoretisch deshalb, weil hier nur die Ausgabe- geschwindigkeit der Maschine in

Fortsetzung Seite 2



auf den elektronischen Stuhl?

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).
Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

Kommen die Medienarbeiter auf den elektronischen Stuhl?

Betracht gezogen werden kann; – einen Menschen der 1500 Zeichen in 15 Sekunden setzt, suchen die Unternehmer bislang vergeblich. Die technische Innovation (Erneuerung) durch Elektronik schlägt zu. Aber wen trifft sie?

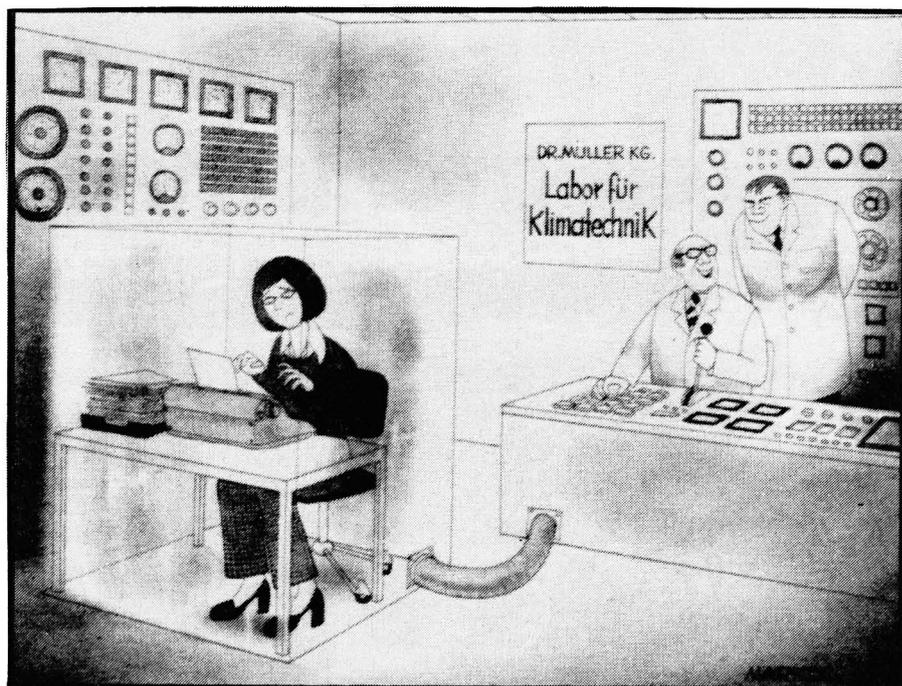
Erfindungen fallen nicht vom Himmel

Die Erfindung des Drucks mit beweglichen Lettern, die von dem Mainzer Johannes Gensfleisch zum Gutenberg um das Jahr 1440 gemacht wurde, war in der Tat eine wesentliche Voraussetzung für die Massenproduktion an Lesestoff – zumal sich nicht nur die Herstellungskapazität vervielfachte sondern dadurch auch der Preis des so Vervielfältigten auch auf ein Zehntel reduzierte. Wenn aber Herrn Gutenbergs Erfindung heute noch in den Schulbüchern die Schuld an den gesellschaftlichen Umwälzungen am Beginn der Neuzeit – der Reformation und den Bauernkriegen – angelastet wird, so ist dies

beweisbar falsch. Der Buchdruck konnte nur deshalb seinen Siegeszug antreten, weil die Kunst des Lesens und Schreibens nicht mehr auf die kleine Schicht der gebildeten Kleriker beschränkt war, weil die Entwicklung des internationalen Handels den Austausch exakter Informationen – der ersten Zeitungen – notwendig machte. (Geraume Zeit vorher war in China die gleiche Erfindung am Umstand gescheitert, daß für die wenigen schreib- und lesekundigen Mandarine eine massenhafte Vervielfältigung nicht vonnöten war.)

Ebenso falsch wäre es, die gegenwärtige Entwicklung auf dem Mediensektor, die längst noch nicht abgeschlossen ist, als ein Produkt des Zufalls der Stunde anzusehen. Das Grundprinzip des Fotosatzes, bei dem nicht mehr bewegliche eingefärbte Lettern auf Papier gepreßt werden, sondern Lichtstrahlen die Zeichen auf Filme brennen, wurde bereits 1894 von dem Ungarn Porszolt erfunden.

Eine Voraussetzung für die "elektronische Revolution" stellt der – vor allem von US-Militärstrategen – seit den vierziger Jahren favorisierte Trend dar,



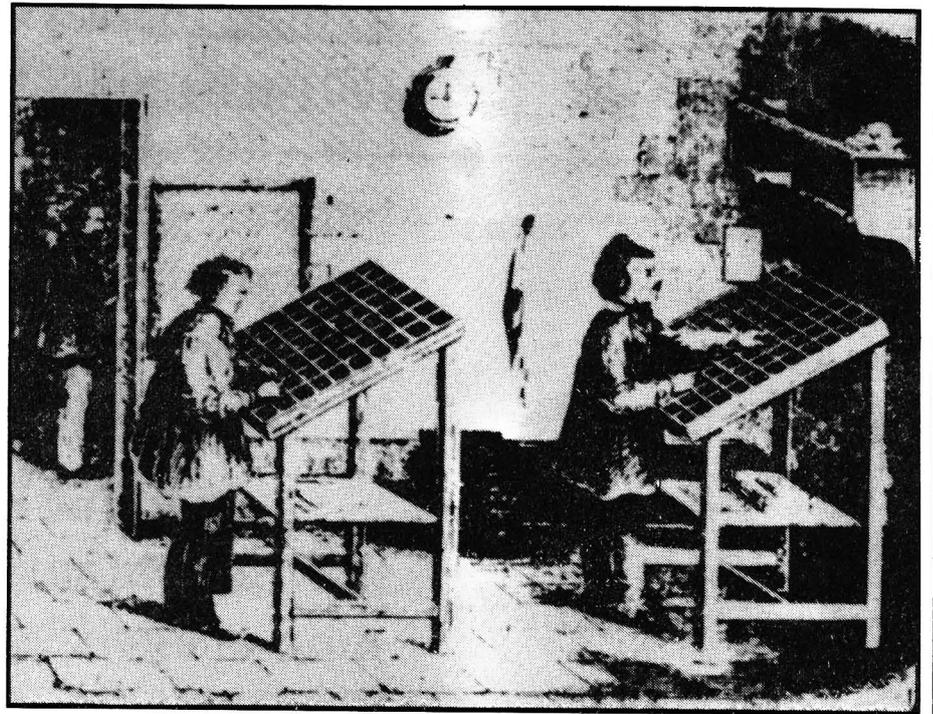
»Wenn ich ihr noch 10 Prozent Sauerstoff gebe – wetten, daß sie auf 480 Anschläge kommt...?«

anhand von Modellen der Wirklichkeit Krisenmanagement zu erproben. Für diese Systemanalysen ist eine umfassende Information über die dem Modell zugrundeliegende Realität vonnöten. Zum anderen bringt auch die fortschreitend enger werdende Verflechtung der Weltwirtschaft ein verstärktes Informationsbedürfnis mit sich. Schließlich trägt die vergleichsweise starke Rohstoffgebundenheit der Kommunikationsindustrie und deren Expansion auf den Freizeitmärkten zu jener "Informationsexplosion" bei, die nur mehr mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung schlecht und recht bewältigbar wird.

Die konkreten Gründe für technische Innovationen am Mediensektor, die sich innerhalb der nächsten fünf Jahre auch in Österreich durchsetzen werden, liegen einerseits in einer Sättigung der traditionellen Märkte und der damit verbundenen Suche nach neuen Absatzsphären, andererseits in dem für das Kapital notwendigen Krisenmanagement durch Automatisierung und Arbeitsintensivierung.

Hatten die Jünger Gutenbergs die Bleitypen ursprünglich mit der Hand aus den Setzkästen, die heute zum modischen Aufputz der Wohnzimmerwände werden, gefischt, so tippten die Setzer seit 1886 den Text in jene von Mergenthaler erfundene Linotype-Maschine, die jeweils eine ganze Druckzeile (a line of types) in Blei gießt. Die seit zwei Jahrzehnten

und gegenwärtig noch in allen österreichischen Zeitungshäusern verwendete Vervollkommnung dieses Systems arbeitet mit einem Lochstreifen, auf dem der ganze zu setzende Text verschlüsselt abgebildet ist. Ein Computer ("Satzrechner") zerlegt den Text hierbei in gleichlange Zeilen. Zwar werden die Bleilettern nicht mehr wie im 15. Jahrhundert mit einer Mischung aus Hundefett und Ruß bestrichen, um dann mit einer handbetriebenen Presse auf das Papier "gedruckt" zu werden, am Prinzip Gutenbergs aber hatten die technischen Verbesserungen nicht gerüttelt. Auch die Tätigkeitsbereiche der an der Herstellung eines Druckwerkes Beteiligten blieben weitgehend unverändert: Der Journalist oder ein sonstiger Schreiber verfaßt den Text, der Setzer überträgt diesen in Bleilettern, der Metteur "umbricht", d.h. gestaltet aus diesen die Druckseite und der Drucker vollendet das Produkt.



Unternehmerlogik maskiert sich als Zwang der Technik

Bei "Vollelektronisierung" wird in einer Zeitungsredaktion künftig der Journalist seinen Artikel nicht mehr in die Schreibmaschine, sondern in ein Bildschirmgerät (Videoterminal) tippen. Von dort geht das Geschriebene in einen Computerspeicher, der auch die hereinkommenden Agenturmeldungen aufnimmt. Das Agenturmaterial und die verschiedenen Artikel können entweder zwecks Überarbeitung und Korrektur nochmals auf den Bildschirm gerufen werden oder direkt zum Satzrechner gehen, der die gewünschte Spaltenbreite herstellt. Gleichzeitig können auch über Kabel oder Richtfunk die Beiträge aus Außenredaktionen in den Zentralcomputer eingespeist werden. Immer noch "immateriell", d.h. rein elektronisch, kann dann das Lay-out, die Seitengestaltung, vorgenommen werden: Über einen Großbildschirm, der die Zeitungssseite eins zu eins reproduziert, lassen sich durch Tastendruck die gespeicherten und auf Spaltenbreite gebrachten Artikel auf dem Bildschirm in die gewünschte Position bringen, mit einem angeschlossenen Bildabtastgerät (Scanner) auch Fotos, Graphiken einfügen. Überschriften, Typengröße und -form können ebenfalls per Tastenkommando vom Bildschirm aus gewählt werden. Ein Laserstrahl brennt die so elektronisch umbrochene Zeitungssseite direkt auf die

Druckplatte. Die zur Zeit modernste Druckmaschine fertigt dann bis zu 240.000 Zeitungsexemplaren pro Stunde.

Ebenso wie die Meldungen auf elektronischem Weg aus allen Landes- teilen in die Zentralredaktion übertragen werden können, lassen sich auch am Bildschirm erstellte Zeitungssseiten zur Druckplattenherstellung überallhin funken. Das bedeutet, daß eine Zeitung gleichzeitig an verschiedenen Orten ausgedruckt werden kann. Auch die Anzeigenannahme ist elektronisch rationalisierbar: Der gewünschte Annoncentext wird ebenso wie der redaktionelle Text in ein Bildschirmgerät eingegeben, der angeschlossene Computer übernimmt neben der Speicherung auch den Rechnungsausdruck und die Verbuchung.

Soviel zu den technischen Einrichtungen. Die Auswirkungen, die diese nach sich ziehen können, sind ebenso umwälzend.

Mindestens ein Drittel der in Printmedien Beschäftigten muß um den Arbeitsplatz fürchten. In der Bundesrepublik Deutschland, wo die technische Innovation auf dem Drucksektor schon vor einigen Jahren begann, sind seit 1970 34.000 Arbeitsplätze weg-rationalisiert worden. Setzer und Metteure wird es in absehbarer Zeit



nur mehr wenige geben. Diese Fachleute können einerseits durch Schreibmaschinenkräfte, andererseits durch die Journalisten selbst ersetzt werden.

Die verbleibenden Arbeitskräfte werden einem verstärkten Leistungsdruck ausgesetzt sein. Es gibt zwar keine gesundheitsschädlichen Bleidämpfe mehr, dafür werden die Augen und Nerven durch die Bildschirmgeräte überstrapaziert.

Da die Neuanschaffung der Maschinen überaus kostspielig ist (wegen der Personaleinsparungen wird allerdings nur mit einer Amortisation von etwa drei Jahren gerechnet) wird die Pressekonzentration weiter fortschreiten und die ohnehin nur mehr theoretisch vorhandene Meinungsvielfalt bald endgültig erledigt sein.

Das Produkt selbst, sofern es sich um Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion handelt, wird schlechter sein, wenn Agenturmeldungen direkt von der Nachrichtenagentur ohne redaktionelle Kontrolle und Hintergrundanalyse in den Satzrechner eingespeist werden. Codenummern für einzelne wohldefinierte journalistische Tätigkeitsbereiche können, wie z. B. in den USA schon verwirklicht, verhindern, daß Redakteure an andere als sie unmittelbar betreffende Informationen herankommen; mit einem Wort, die Idiotie der Ressorttrennung wird perfektioniert. Darüber hinaus wäre es denkbar, dem Zentralspeicher ein bestimmtes Reizwort-Kategorienchema einzugeben: Tippt jemand etwa "gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise" am Bildschirm ein, leuchtet beim Chefredakteur eine rote Lampe (bzw. druckt der Computer automatisch die Kündigung des Betreffenden aus – der technischen Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt).

Das und noch einiges mehr kann passieren, wenn es nach den Unternehmern geht. Die Betroffenen sind, wie sich aus dem Gesagten ergibt, nicht nur die Beschäftigten der Druckmedien, sondern schlechthin alle, die auf Information "angewiesen" sind.

In Österreich hat der Einzug der Elektronik auf dem Zeitungsmarkt erst begonnen. Nachdem die US-Nachrichtenagentur UPI schon seit einiger Zeit mit Bildschirmterminals arbeitet (und die Journalisten dort gegenwärtig

noch fast mehr Zeit mit dem Suchen von Fehlerquellen der überaus störungsanfälligen Elektronik verbringen, als mit dem Schreiben von Meldungen), hat im November nun auch die Austria Presse Agentur auf Videoterminals umgestellt. In den Zeitungsredaktionen rattern die in den Bildschirm eingegebenen Texte aber – noch – wie eh und je aus dem Fernschreiber.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Verhandlungen über neue Kollektivverträge, die der technischen Innovation Rechnung tragen müssen, sind aber in vollem Gange. Hierbei ist positiv zu vermerken, daß sich die betroffenen Gewerkschaften, Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck und Papier, sowie die Sektion Journalisten zu einem koordinierten Vorgehen in der "Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Publizistik und Medien" zusammengeschlossen haben. Eine Zusammenarbeit, die durchaus nicht selbstverständlich ist, wenn man die vehemente Ablehnung des Industriegruppenprinzipes in weiten Teilen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Betracht zieht.

Die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Forderungen sind allerdings im wesentlichen defensiv: Keine Einführung neuer Technologie ohne gewerkschaftlichem Einverständnis, Bildung innerbetrieblicher Technologiekommissionen aus Arbeiter- und Unternehmervetretern, keine Kündigung von Arbeitskräften während einer bestimmten Übergangszeit, keine Direkteinspeisung von Agenturtexten unter Umgehung der Redaktion, keine Einstellung von minderqualifiziertem Personal für Tätigkeiten die bisher den Journalisten, graphischen Arbeitern oder kaufmännischen Angestellten im Druckbereich vorbehalten waren.

Um aber die elektronische Revolution nicht zur Horrorvision geraten zu lassen, wird es notwendig sein, daß die Gewerkschaft sich nicht damit begnügt, gegen die schlimmsten Auswüchse vorzugehen.

Außer in der Präambel zum Kollektivvertragsentwurf, in der es unbestimmt heißt: "Die Einführung neuer Technologie darf nicht ausschließlich der vermehrten Profitschöpfung dienen", ist nirgendwo von einer alternativen Nutzung der neuen Technologien die Rede. Zu fordern wäre neben kartellrechtlichen Maßnahmen zur Steuerung der Konzentration vor allem eine Änderung der Arbeitsorganisation. – Die neue Technik böte Möglichkeiten, die Arbeitsteilung in den Redaktionen zwischen manuell und intellektuell Tätigen tendenziell aufzuheben. Gerade die solidarische Haltung aller Medienarbeiter wird in den kommenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern aber bitter notwendig sein.

R. H. / A. P. ★

ZEITUNG
ZB OMBE

STADT- UND PROGRAMM-ZEITUNG

der journalistische urschrei
der kompass für aussteiger
der reisnagel im fetter
arsch der wiener bourgeoisie

eröffnet anfang nov. das

NEUE-NEUE-NEUE

TREIBHAUS

tagescafe, nacht-blubb
veranstaltungslokal,
informations-, lese-
und blödelzentrum
offene ZB-zeitungs-
redaktion

5, margaretenstr. 99

Warasch – Freispruch Kein Grund zum Jubeln

Am 20. Oktober 1977 endete der Prozeß gegen den Sekretär des Rates der Kärntner Slowenen mit einem Freispruch im Hauptanklagepunkt, er habe dem "Kronzeugen" Gottfried Güttler Sprengstoff übergeben, damit dieser den Klagenfurter Haupttransformator in die Luft jage. Verurteilt wurde Warasch wegen den – von ihm nie bestrittenen – illegalen Besitzes einer Pistole, die er sich von Güttler hatte andrehen lassen.

Daß dieser Prozeß bei einer nur halbwegs fairen Verhandlungsführung nur so enden konnte, war jedem, der sich nur mit einem Mindestmaß an Seriosität mit der Person des famosen Kronzeugen auseinandersetzen wollte, klar (vergleiche "offensiv links", März 1977). Das Grotteske oder vielmehr Skandalöse beruht allerdings weniger in der Anzeige des notorischen Querulanten Güttler (die dieser erst vornahm, als sich keine Zeitung bereit fand, ihm fünfstellige "Honore" für seine Räubergeschichten zu bezahlen) oder in dem Umstand, daß er bis heute nicht angeben kann, wo sich denn der Klagenfurter Haupttransformator befindet, mit dessen Sprengung er beauftragt gewesen sein wollte. Das wahrhaft Empörende liegt im Verhalten einer Kärntner Exekutive, deren Hauptfunktion darin bestand, Warasch in einer Nacht- und Nebelaktion festzunehmen; einer Kärntner Anklagebehörde, die kaum verhüllt Warasch schuldig sprach; einer Kärntner Presse, die unverzüglich zur Exekution schritt. Wie die auflagenstarken Medien im südlichsten Bundesland unisono und auch vor perfidester Manipulation nicht zurückschreckend den Slowenensekretär in die Nachbarschaft von Raubmördern oder RAF-Terroristen zu rücken versuchten, dokumentiert eine im Mai dieses Jahres erschienene Sondernummer der Zeitschrift "mladje-literatura in kritika" (Robert Saxer, Der Fall Warasch in den Kärntner Tageszeitungen). Der Freispruch des Slowenenfunktionärs ist von dieser Warte aus gesehen nur ein formal-juridischer Akt. – Es bleibt immer etwas hängen, dafür haben "Kleine Zeitung", "Kärntner

Tageszeitung" und "Volkszeitung" gesorgt.

Eine Rehabilitierung von Warasch, und schließlich geht es ja nicht nur um ihn, sondern um jene Volksgruppe, einer deren Repräsentanten er ist, ist allerdings dennoch ebenso möglich wie notwendig. Sie kann nur aus der einzig logischen Frage, die aus dem Gerichtsurteil im "Fall Warasch" folgt, resultieren: Woher beziehungsweise von wem hat Gottfried Güttler die 4,36 kg Gelatine-Donarit-Sprengstoff, die er der Polizei übergab, gehabt, da sie nicht von Warasch stammen? Daß Güttler nach dem Ende des Prozesses nicht selbst sofort in Untersuchungshaft genommen

wurde, trägt bestimmt nicht zur Wahrheitsfindung bei.

Von Untersuchungen über die wahrscheinlichen Hintermänner Güttlers ist in einem Bundesland, wo man mit Bekenntnissen zur braunen Vergangenheit und offen zur Schau gestellten faschistischen Orden noch immer am vorzüglichsten renommieren kann, beim gegenwärtigen Zustand der Kärntner Gendarmerie und solange der Kärntner Heimatdienst ungestraft sein Unwesen treiben kann, allerdings wenig zu erwarten. In dieser Beziehung hat das Volkslied recht: "Karten is lei ans. . ."

Die Kärntner Gendarmerie schaltet nämlich nicht nur "aus Sparsamkeitsgründen" die Hauptscheinwerfer, die ein sogenanntes "Abwehrkämpferdenkmal" beleuchten aus. Die eigens zur Bewachung eingesetzten Doppelposten



KLEINE ZEITUNG

Klammer peilt in Wengen 20. Sieg an

Mit Startnummer 9 peilt Klammer heute beim Abfahrtslauf auf der Lauberhornstrecke in Wengen (TV ab 12.55 Uhr) einen doppelten Rekord an: seinen 10. Sieg en suite und seinen 20. Weltcupslieg insgesamt. Gestern war Russi Trainingsbesten.

TELEFON 0 42 22 / 71 8 01 Dinar 6.- / Lire 200 -
 Klagenfurt, Samstag, 22. Jänner 1977, Nr. 17, P.b.b. S 3.50
 Erscheinungsort Klagenfurt **** Verlagspostamt 9020
 Österreichs größte Bundesländerzeitung Unabhängig

Kampf dem Krebs S. 36

U-Haft für Slowenensekretär Filip Warasch

SEITE 5

Verdacht der Attentatsanstiftung die Ursache

**Mord von Köttmannsdorf:
Zweimal Lebenslänglich**

Zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen wurden gestern die zwei Raubmörder von Köttmannsdorf, Gottfried Petschnig (links) und Martin Paulini (rechts) verurteilt. Die Geschworenen sprachen sie einstimmig des Mordes an dem Leiter der Raiffeisenkasse, Erich Mandl (BHD links unten), schuldig. (Bericht auf den Seiten 14, 15 und 32.)

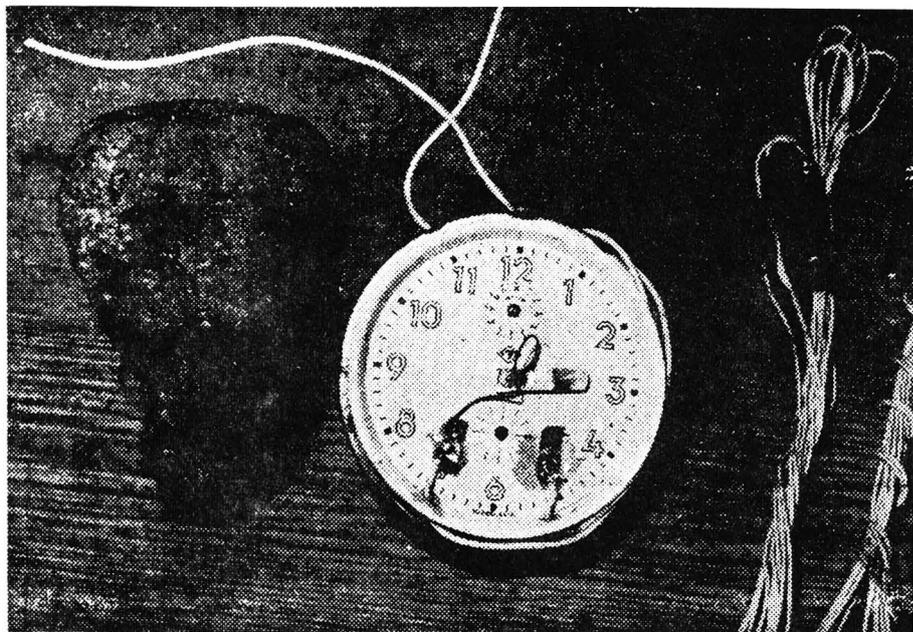
Foto: Trenkwalder

sehen auch gerade in dem Augenblick nicht hin, in dem eine (relativ harmlose) Sprengladung zur Detonation gebracht wird. Wodurch man den Attentatsversuch dann später Slowenen in die Schuhe schieben kann. So geschehen am 8. August in St. Kanzian/Skocijan.

Die Kärntner Gendarmerie sieht aber nicht nur hin, sondern schlägt auch zu, wenn Slowenen auf einem Privatgrundstück eine zweisprachige Ortstafel montieren und fetzt als Fleißaufgabe – da ist wohl jemandem seine eigene Gesinnung durchgegangen – "unter dem unmittelbaren Kommando des Bezirkshauptmannes" (Resolution der slowenischen Bevölkerung von Bleiburg/Pliberk an den Landeshauptmann Wagner; zitiert nach INFO 12 des "Salzburger Solidaritätskomitees für die Rechte der Minderheiten") die österreichische Fahne herunter. So geschehen am 26. August in Bleiburg/Pliberk.

Die Anzeige gegen Filip Warasch, die einer äußerst mäßigen Romanstory nachempfunden scheint und die – um es milde auszudrücken – recht seltsamen "Untersuchungen" der Kärntner Anklagebehörde sind im Zusammenhang mit dem in Kärnten herrschenden Ungeist, dem – trotz gegenteiliger Beteuerungen der hierfür maßgeblichen Politiker – immer noch nicht erfüllten Staatsvertragsverpflichtungen zu sehen. Man muß sogar konstatieren, daß der Druck auf die slowenischsprachigen Österreicher in dem Maße zunimmt, in dem von offizieller Seite betont wird, es gäbe ihn überhaupt nicht.

Seit der Verabschiedung des Volksgruppengesetzes durch das Parlament am 7. Juli 1977 (vergleiche dazu: Das Volksgruppengesetz. Eine Lösung? Der Standpunkt der Kärntner Slowenen; Klagenfurt/Celovec 1977) ist vielmehr eine Prozeßwelle über unbequeme Slowenen hereingebrochen; d.h. also gegen jene, die sich tatsächlich getrauen, ihre durch den Staatsvertrag verbrieften Rechte in Anspruch zu nehmen. Darunter fallen Anklagen, wie etwa wegen "Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Erregung öffentlichen Ärgernisses" gegen Demonstranten, die ein Transparent "Gegen den Neonazismus" entrollten. Die sogenannten "Ortstafelstürmer", also jene Personen, die im Herbst 1972 die von der Behörde da-



Dies sind die Teile der Höllenmaschine

mals aufgestellten zweisprachigen topographischen Schilder restlos vernichteten, konnten sich nicht nur der speziellen Milde der Justiz durch Einstellung der Verfahren erfreuen – so sie überhaupt belangt wurden. Sie konnten sich auch ungestraft öffentlich ihres Vorgehens rühmen und unter dem "Ehrenschutz" – was gibt es da wohl noch zu schützen? – von Bürgermeister einen "Ball der Tafelstürmer" abhalten.

Die von der Bundes-SPÖ (die Kärntner SPÖ ist ohnehin nur mehr als Vorfeldorganisation des Heimatdienstes zu begreifen) eingeschlagene Politik des Zurückweichens vor den Deutschnationalen, um dadurch von ihnen kleinste Zugeständnisse in der Slowenenfrage zu erhalten und – was ihr wichtiger ist – so um Wählerstimmen zu buhlen, wird gewiß nicht von Erfolg gekrönt sein. Die wenigen zweisprachigen Ortstafeln, die, nachdem sich die "Geheime Sprachenerhebung" vom 14. November 1976 als gigantischer Reifall für die Regierung erwies (vergleiche "offensiv links", Mai '77) auf Grund von "Schätzungen" aufgestellt wurden, blieben bislang stehen. Aber nicht nur, daß es zu diesen "Schätzungen" nicht der Sprachenerhebung bedurft hätte – ebensogut hätte man den Wasserstand der Drau als Kriterium benutzen können –, die zweisprachigen Ortstafeln sind ein Symbol, mehr nicht.

Worum es vielmehr geht, ist der Diskriminierung der slowenischsprachi-

gen Kärntner ein für allemal Einhalt zu gebieten. In dieser Richtung zielende Maßnahmen, vorrangig wäre dabei an ein Verbot des Kärntner Heimatdienstes zu denken, bedürfen nicht einmal neuer Gesetze. Nur deren Erfüllung! (Vergleiche Staatsvertrag Art. 7 "Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.")

"Für Österreich", erklärte Kärntens Landeshauptmann Wagner am 29. September, "ist der Staatsvertrag nunmehr vollinhaltlich erfüllt".

Halten zu Gnaden, Herr Landeshauptmann sind nicht Österreich.

R. H. ★

Frauenzimmer

Lange Gasse 11 (Nähe Lerchenfelderstraße)
1080 Wien, Tel. 43 96 685

Die erste Frauenbuchhandlung Wiens!

MO-FR, 10-18h
SA 10-13h



*und bald gibt's
neben ein
FRAUENCAFE*

SPÖ: Welches Programm abgelöst wird

Für Sozialisten und Kommunisten außerhalb der Sozialdemokratie gibt es einige wichtige Gründe, sich mit der Programmdiskussion in der SPÖ eingehend zu befassen. Mehr denn je spielt die Sozialdemokratie in der breiten österreichischen Arbeiterbewegung eine beherrschende Rolle. Da die KPÖ in dogmatischen und sektiererischen Positionen verharrt, kann sie dieser Tatsache nichts Positives entgegensetzen (ihre Kritik bleibt schematisch und unglaubwürdig). Die dringend notwendige Alternative (einer authentischen sozialistischen Politik in Österreich) kann freilich theoretisch allein nicht geschaffen werden. Vor allem versandet eine an allgemeinen Fragen orientierte Debatte wegen ihres abstrakten Charakters. Hier bietet die Auseinandersetzung mit den neu zu formulierenden programmatischen Standpunkten der österreichischen Sozialdemokratie die Möglichkeit, die Kritik an Hand konkreter Fragestellungen zu formulieren, die die reale gesellschaftliche Entwicklung, ihre Probleme und deren Beantwortung widerspiegeln. Für viele, die im Produktionsprozeß stehen, könnte da wertvolle Argumentationshilfe geboten werden, wenn sie mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren.

Ebenso wichtig erscheint es, die Notwendigkeit einer nicht-sektiererischen, korrekten autonomen Politik außerhalb der SPÖ zu begründen und mit den Genossen, die in der SPÖ linke Positionen zu vertreten versuchen, in einen Dialog zu treten, welcher ausgehend vom Grundsatz der Solidarität die objektive Rolle und subjektive Verantwortung ihrer Politik klar umreißt.

Die Redaktion

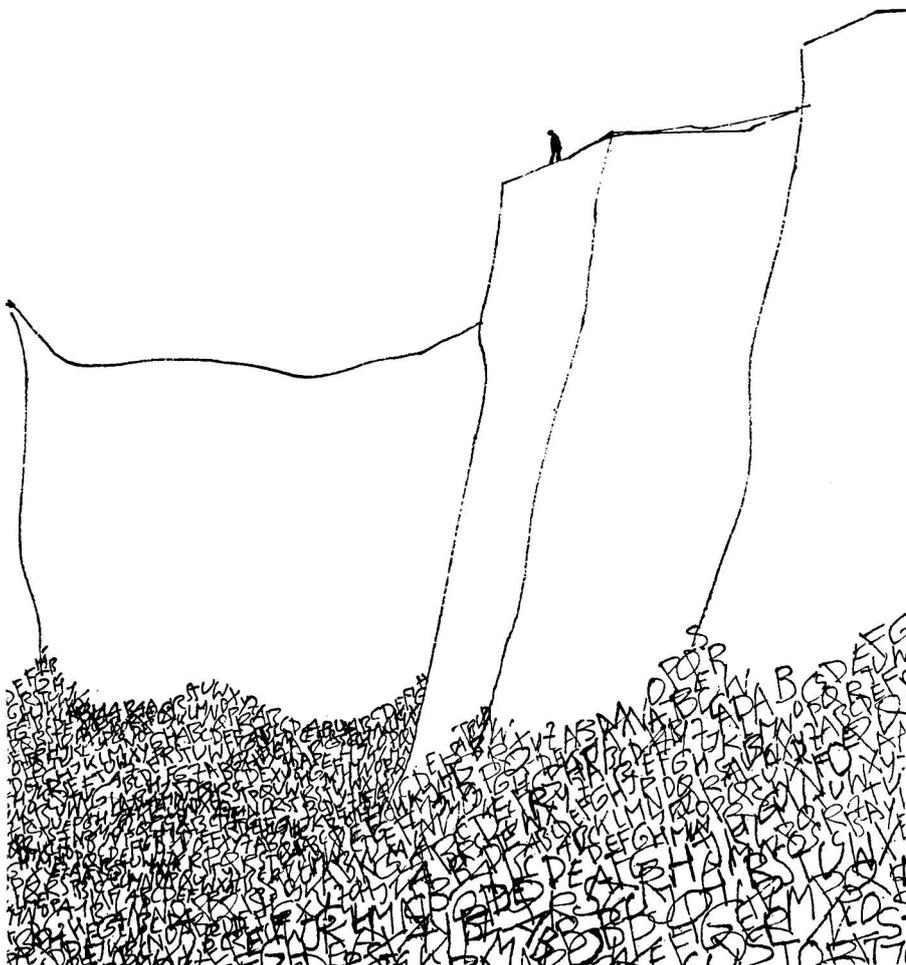
Mitte Oktober wurde vom Parteirat der SPÖ der Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm veröffentlicht. Wenn wir gegenwärtig auch kaum Möglichkeiten haben, in die Diskussion dieses Entwurfs in einer gesellschaftlich wirksamen Weise einzugreifen, wenn wir auch wissen, daß gerade die österreichische Sozialdemokratie eine gewisse Routine darin hat, mit klingenden, oft radikalen Worten den Verzicht auf den Klassenkampf zu verschleiern, so werden wir uns nichtsdestoweniger möglichst gründlich mit diesem Entwurf beschäftigen: Auch in den theoretischen Äußerungen der SPÖ ist ein Teil der Zukunft und der Entfaltungschancen der österreichischen Arbeiterbewegung enthalten, die Linke muß auch in der Auseinandersetzung mit den programmatischen Erklärungen der SPÖ glaubwürdig die Notwendigkeit ihrer unabhängigen Organisierung begründen.

In der Diskussion des Programmentwurfs wird neben der theoretischen Analyse die Konfrontation mit dem geschichtlichen Werdegang der SPÖ und ihrer politischen Praxis zweifellos eine bedeutende Rolle spielen. Wir werden dabei hoffentlich Gelegenheit haben, unsere immer wieder formulierte Kritik (vergleiche auch die "Grundsätze der Politik der BFS" vom März 1973) zu vertiefen und damit auch ein besseres Verständnis der gesellschaftlichen Realität in Österreich der siebziger Jahre erreichen.

In diesem Zusammenhang ist es sicher nicht uninteressant die Frage zu stellen, welches Programm da eigentlich abgelöst wird oder präziser: welchen Inhalt hatte das Parteiprogramm von 1958? Welche Konzeption, Strategie des Weges zu einem sozialistischen Österreich schlug die SPÖ damals vor? Beruhte diese Konzeption auf einer die gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich und in der Welt richtig zum Ausdruck bringenden Analyse?

Das Programm von 1958

"Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander,



deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen.", so lautet der erste Absatz des Programms von 1958 und im Schlußteil heißt es, daß der Sozialismus den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger, in Frieden und Freiheit bieten kann. Dazwischen eine eigenartige Mischung von grundsätzlichen Äußerungen und konkreten politischen Forderungen. Bedenken wir, daß der große Vorsitzende Kreisky das neue Programm nicht zuletzt damit motiviert, daß die Forderungen des alten zum größten Teil eingelöst seien, ist die Verwendung des Wortes "eigenartig" durchaus gerechtfertigt. Denn die Realisierung aller dieser Forderungen hat Österreich dem Sozialismus nicht näher gebracht. Wir ersparen uns daher den Forderungskatalog im einzelnen zu diskutieren und wenden uns den Schwächen der Gesellschaftsanalyse im Programm von 1958 zu, die – abgesehen vom allgemeinen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Politik der SPÖ – erklären, warum das Programm trotz des verbalen Beharrens auf dem sozialistischen Ziel, keine wirkliche Strategie des Weges zum Sozialismus enthält.

Das Weltbild der SPÖ

Wie sieht die SPÖ von 1958 die Welt von damals? Da ist einmal die auf der bürgerlichen Totalitarismustheorie fußende Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus (gemeint ist der "reale" Sozialismus), die zumindest die Borniertheit, sicher auch den Opportunismus der SPÖ-Gesellschaftsanalyse anzeigt (dies ist – muß das in "offensiv links" noch besonders betont werden? – kein Votum gegen die notwendige radikale Kritik an den Ostblockstaaten).

Die "imperialistische Politik der alten kapitalistischen Mächte" (unter dem Begriff "alte kapitalistische Mächte" werden traditionellerweise die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, sowie Deutschland usw. verstanden) wird abgelehnt, ebenso wie die "imperialistische Expansionspolitik des Sowjetkommunismus".

Die stärkste imperialistische Macht, der Weltgondarm der Nachkriegszeit, die USA, fehlen im Weltbild der SPÖ von 1958. Borniertheit oder Opportunismus gegenüber den als Hort der Freiheit gepriesenen Vätern der ökonomischen Stabilisierung des Kapitalismus im Österreich (Marshallplan)?

Dieses schiefe Weltbild findet seine Fortsetzung in einer falschen, die marxistische Methode preisgebenden Analyse der für den Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung so zentrale Problematik von Demokratie und Staat. Wir leugnen nicht die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie als Kampfboden der Arbeiterklasse, ihr Inhalt wird offenbar, wenn sie von den Handlangern der Bourgeoisie beseitigt wird. Das hat aber nichts zu tun mit jener Illusion von Harmonie die das SPÖ-Programm von 1958 beherrscht:

Das Programm der Praxis

"Setzen sich im kapitalistischen Bereich allmählich Demokratie und Wohlfahrtsstaat durch, so herrscht im großen Teilen der übrigen Welt die mehr oder minder verhüllte Diktatur."

Hinter dieser Formulierung steckt die klassische Auffassung des Reformismus vom allmählichen, bruchlosen Übergang der bürgerlichen Demokratie in den Sozialismus. Die ökonomische und soziale Krise, in die so mancher "Wohlfahrtsstaat" in den letzten Jahren geschlittert ist, zeigt, daß die Wohlfahrt am Wesen des Kapitalismus nichts geändert hat. Sie zeigt auch deutlicher als in Konjunkturzeiten, daß der Staat und sein Apparat, wie es ihrer Natur im Kapitalismus entspricht, eben die Geschäfte des Kapitals besorgen, solange nicht im Klassenkampf die Kräfteverhältnisse verschoben werden.

Aber das Wort Klassenkampf kommt im SPÖ-Programm von 1958 nicht vor, schließlich sollten Regierungskoalition und Sozialpartnerschaft nicht im Widerspruch zum Programm stehen. Und es ist die Praxis der Sozialpartnerschaft, in der Koalition der fünfziger Jahre und in der SPÖ-Alleinregierung der siebziger Jahre, die auch jene Aussagen des Programms, die tatsächlich im Widerspruch zu dieser Politik stehen, zur Phrase machen.

Sozialismus schon erreicht?

All das vorausgesetzt nimmt es nicht mehr wunder, daß in der "kommen-den Wirtschaftsordnung", also in der angestrebten klassenlosen Gesellschaft, laut SPÖ-Programm von 1958 "Freiheit und Gleichberechtigung der Aufstiegsmöglichkeiten und der Berufsausübung für Selbständige und Unselbständige ... gesichert sein werden." Jetzt wissen wir warum manche führende Mitglieder der SPÖ (z. B. Kienzl) zu gegebenem Anlaß schon behauptet haben, die österreichische Realität könne man ruhig als Sozialismus bezeichnen.

20.10. 1977 Paul Kolm



**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 68 20 392

Anti-Atomkraftwerks-Bewegung:

Probleme und Perspektiven

Zur Einschätzung der letzten Anti-Atomkraftwerks-Demonstration haben wir Freddy Schwarz (23 Jahre, Student der Publizistik und Geschichte) befragt.

Freddy Schwarz ist Mitglied des Arbeitskreises Atomenergie Wien, des Koordinationsausschusses des AKAE und des Koordinationsausschusses der Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG).

"offensiv links": Du bist Mitglied vom Wiener Arbeitskreis Atomenergie. Was ist unter diesem Komitee zu verstehen?

Schwarz: Der Wiener Arbeitskreis ist ein demokratisches Komitee zur Verhinderung des Atomprogrammes der Regierung, zur Verhinderung von Zwentendorf.

Der Arbeitskreis ist demokratisch aufgebaut, d.h. es kann jeder reinkommen, es wird mehrheitlich entschieden. Er setzt sich aus vier Gruppen zusammen, die regional aufgeteilt sind und schwerpunktmäßig in ihren Gebieten die Atomgegnerschaft in der Bevölkerung, in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in den Schulen, in der sozialistischen Jugend und wo immer man potentielle Möglichkeiten sieht, zu verankern.

Aus unserer Arbeit aus der Vergangenheit glauben wir, daß der Arbeitskreis als demokratisches Personenkomitee, und er sieht sich als solcher, sich bewährt hat, wo sich Personen verschiedener politischer Anschauung zusammenschließen, um das Atomprogramm zu verhindern, wobei der gemeinsame Ansatzpunkt der Bewegung, die allgemeine Gefährdung durch die Atomkraftwerke ist. Und als solches Komitee ist der Arbeitskreis auch sicherlich das Stärkste momentan in Wien und ist auch der Hauptträger des Kampfes in Wien.

"offensiv links": Wie wird die letzte Demonstration in Wien von den zuständigen Gremien der Initiative österreichischer Atomkraftwerks-

Gegner eingeschätzt, welche Konsequenzen zieht man aus diesen Erfahrungen?

Schwarz: Die Einschätzung der gesamten Bewegung in Österreich kann ich jetzt hier nicht geben, weil der Erfahrungsaustausch über die Demonstration erst bei den gesamtösterreichischen Delegiertenkonferenzen gegeben sein wird. Was ich jetzt sagen kann, ist die Meinung des Arbeitskreises Atomenergie Wien und auch, so glaube ich, der gesamten Bewegung in Wien.

Die Sache ist die: Ziel der Demonstration war es, aufzuzeigen, daß die Parlamentsentscheidung, die ja jetzt im Frühjahr vor sich gehen soll, ein Betrug ist. Und zwar deshalb

weil man vollendete Tatsachen schafft, d.h. man baut das Atomkraftwerk, will die Brennelemente anliefern, macht einen Probetrieb. Die Frau Bundesminister Leodolter, gibt die Teilbewilligungen für Zwentendorf, Innenminister Lanc bewacht den Transport, Verkehrsminister Lausecker gibt die Bewilligung zum Transport. Nun soll das Ganze, eben weil die Atomgegner-Bewegung stark ist, demokratisch legitimiert und im Parlament im nachhinein "beschlossen" werden, obwohl alles schon vorher festliegt, was die Parteien wollen.

Wir wollten Kreisky zur Rechenschaft ziehen, d.h. 6000 Leute kommen hin und jubeln ihm einmal nicht zu, sondern sagen ihm, "wir werden da verschaukelt".

Was Kreisky dazu gesagt hat, das war relativ klar. Solange man nämlich zum Bundeskanzler Kreisky geht und diskutieren will und Symposien macht und Wissenschaftler herbringt, die über die Gefahren der Atomenergie aufklären, solange ist man nach der "Arbeiter-Zeitung" ein braver und demokratischer Atomkraftwerksgegner mit ehrenwerten Zielen, wenn man aber kommt und sagt: "Ja, wir haben Euch durchschaut, wir wissen was ihr da machen wollt, das richtet sich gegen unser Interesse und wir dulden in dieser Frage keine andere Entscheidung", dann wird man als Terrorist und Anarchist und Lausbus bezeichnet.





Die Demonstration hat gezeigt, daß die Regierung nicht gewillt ist, auf den Willen breiter Teile der Bevölkerung einzugehen, daß sie nicht gewillt ist von ihrem Programm abzugehen, und der Bundeskanzler hat ganz genau gezeigt auf welcher Seite er steht.

Das waren die Ziele der Demonstration und in diesem Sinne muß auch unsere weitere Aufklärungsarbeit weitergehen.

Die Demonstration war allerdings quantitativ kein Sprung nach vorn in Bezug auf Zwentendorf, weil sehr viele Leute die Wichtigkeit und die Notwendigkeit der Demonstration in Wien nicht eingesehen haben. In Zwentendorf war das was anderes. In Zwentendorf das war was Neues, "da fahren wir zum Atomkraftwerk", da sieht man es, da schließt man an die Tradition, die es in Deutschland gegeben hat an, obwohl nur in sehr zahmer und weicher Form.

Das politische Motiv, nämlich die Regierung zu stellen, das ist in der Vorbereitung zu der Demonstration am 26. Oktober 1977 nicht ganz gelungen. Man hat sich gedacht, "eine Demonstration wie jede andere, die Leute kommen und wollen dem Kreisky irgendwie noch einmal den richtigen Weg zeigen". Die Orientierung der Demonstration war anders.

Wir vom Wiener Arbeitskreis glauben aber trotzdem, daß es gelungen ist, zu zeigen, was der Bundeskanzler Kreisky, was die Regierung für eine Meinung vertritt, welche Interessen sie vertreten und werden auch diesbezüglich konkret weiterarbeiten.

"offensiv links": Wie soll es jetzt weitergehen?

Schwarz: Die Stärke der Bewegung ist eben die, daß sich Menschen auf demokratischer Grundlage zusammenschließen. Wir müssen keine Tricks anwenden, müssen keine Statistiken vom steigenden Wirtschaftswachstum, steigendem Elektrizitätsbedarf usw. hervorzaubern.

Wir sagen, Atomkraftwerke sind gefährlich, da es nach dem heutigen Wissensstand der Technik unmöglich ist Atomkraftwerke risikolos zu betreiben. Aus Gewinngründen werden Sie gebaut. Das verstehen die Leute auch. Deshalb wächst auch die Bewegung, wird auch die Bewegung immer stärker.

Entscheidend ist, daß die Träger der Bewegung nicht irgendwelche Parteien oder bestehende Institutionen sind, sondern Menschen, die sich demokratisch und selbständig mit einem Ziel vor Augen zusammenschließen.

"offensiv links": Deine Einschätzung ist, daß die Bewegung an sich stärker geworden ist. Ich habe Stimmen gehört, die behaupten, diese Stärkung, die sich die Initiatoren vorgestellt haben, vor allem was die letzte Demonstration betrifft, sei nicht eingetreten.

Schwarz: Die Frage der Stärke kann man nicht statisch beurteilen. Man muß die Entwicklung sehen. Das sind einmal am gesamtösterrei-

chischen Aktionstag (24. März 1977) 4.500 Leute in Wien, 3.000 Leute in Allentsteig, 6.000 in Zwentendorf und jetzt am 26. Oktober 1977 in Wien wiederum 6.000 Menschen, genauso viel wie in Zwentendorf.

Dafür gibt es folgende Gründe:

1. Dazwischen lag der Sommer. Im Sommer war die Agitation und die Arbeit sehr schwer, weil sehr viel Aktivisten auf Urlaub waren. Im Sommer, und das muß man sagen, ist die Bewegung etwas zerflattert. Jetzt im Herbst ist es mehr oder weniger ein neuer Beginn, d.h. man knüpft jetzt wieder an das an, was in Zwentendorf war.

2. Weitere Gründe dafür waren, daß der 26. Oktober 1977 ein Mittwoch, und kein Wochenende war. Und es nicht ganz gelungen ist, die Wichtigkeit der Demonstration in der Vorbereitungszeit hervorstreichen. Die Wichtigkeit in der Frage Parlamentsentscheid: Was ist das? Ist das ein Betrug oder ist es eine demokratische Entscheidung, die den Meinungsbildungsprozeß abschließt.

Es ist nicht ganz gelungen auf breiter Basis die konkreten Ziele der Demonstration den Aktivisten klarzumachen, und deshalb konnten diese Ziele gegenüber der Bevölkerung nicht so vertreten werden, wie es hätte sein müssen.

Zur zukünftigen Arbeit möchte ich nun folgendes sagen:

Die Ergebnisse, die Erfahrungen der Demonstration auswerten. Wir werden versuchen der Bevölkerung klarzumachen wie sich die Regierung zu unseren Forderungen stellt; daß sie nicht gewillt ist nachzugeben, daß sie an ihrem Atomprogramm festhält und daß sich klar zeigt, auf welcher Seite die Regierung steht und als Folge dessen, man das Atomkraftwerk nur dann verhindern kann, wenn man wirklich die Bewegung stärkt.

Eine weitere Frage ist die, daß die Atomgegnerschaft vorallem in den arbeitenden Menschen Österreichs und der werktätigen Bevölkerung noch recht schwach verankert ist. Der ÖGB-Führung ist es gelungen, breite Teile der Arbeiter für ihr Atomkraftwerks-Programm zu gewinnen. Der ÖGB faßte einen Vorstandsbeschuß und versucht, jede

demokratische Meinungsbildung innerhalb des ÖGB abzuwürgen mit dem Argument "Atomkraftwerke sichern Arbeitsplätze".

Alle Atomkraftwerks-Gegner haben sich die Aufgabe gestellt, in die Gewerkschaft, in die Betriebe hineinzuarbeiten, wobei das eine Frage ist, die über Sieg oder Niederlage letzten Endes entscheidend ist. Es gibt eine Gruppe Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke, die eine demokratische Meinungsbildung innerhalb des ÖGB erkämpfen wollen.

Unser konkretes Aktionsziel ist es, daß die Betriebe oder Gewerkschaften, Belegschaften, Betriebsräte, Beschlüsse fassen, die sich gegen Atomkraftwerke richten. Das ist z. B. bei den öffentlich Bediensteten in der Hegelgasse geschehen, beim Betriebsrat der Firma Kaindl in Wien und in anderen Firmen.

Das allerwichtigste Ziel in nächster Zeit ist es, den Antransport der Brennelemente zu verhindern, d. h. das Atomkraftwerk ist fast fertig es fehlen nur die radioaktiven Brennelemente, mit denen man nach Anlieferung unverzüglich mit dem radioaktiven Probetrieb beginnen will. Diese befinden sich aber noch nicht im Werk, sondern in Deutschland, von wie sie erst geliefert werden. Da wir in dieser Frage keine andere Entscheidung akzeptieren können als die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf, werden wir versuchen, den Antransport zu verhindern. Dazu muß man erst einmal rein physisch verhindern, daß diese Brennelemente nach Österreich kommen. Das ist also die wichtigste Aufgabe die man sich gestellt hat. Während man vor der Demonstration am 26. Oktober 1977 die Ziele der Demonstration erklärt hat, ist es jetzt zu erklären, was es bedeutet, wenn Brennelemente angeliefert werden und wie wir uns dazu stellen. Das ist die Arbeit die als nächstes auf uns wartet, d. h. es werden dementsprechende Plakate gemacht, Flugblätter angefertigt, um so unsere Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Damit es dann nicht heißen kann, das ist eine kleine terroristische Gruppe, die da irgendwas stillheimlich versucht zu verhindern, sondern daß das nur der Ausdruck der Bewegung ist und die Bevölkerung drauf vorbereitet ist, die Bevölkerung das versteht



und sich damit identifizieren kann. Das ist das, worum es in Zukunft eigentlich gehen wird.

"offensiv links": Inwieweit stimmt es, daß es in der Initiative der Atomkraftwerks-Gegner intern organisatorisch, politische Schwierigkeiten gibt und wenn ja, in welcher Form und mit welchen Inhalten gestalten sich diese Auseinandersetzungen?

Schwarz: Die Initiative ist ein loser Zusammenschluß aller Atomkraftwerks-Gegner auf einer Plattform. Auf den Grundlagen der vier Forderungen, die die Initiative gestellt hat. Sie setzt sich sozial und politisch heterogen zusammen.

Z. B. bei der Frage der Orientierung der vergangenen Demonstration gab es Meinungsverschiedenheiten. Während ein Teil gesagt hat, wir dürfen nicht allzu sehr gegen die Regierung gehen, das ist doch im gewissen Sinn eine Arbeiterregierung, wir würden damit die Arbeiter verschrecken und wir würden überhaupt gegen ein Parlament losgehen, das kann man nicht machen, sondern man soll das Parlament als solches anerkennen und man soll hauptsächlich das Parlament für unsere Ziele gewinnen. Ja, diese Gruppe blieb in der Minderheit.

Die andere Einschätzung: Parlamentsentscheid ist ein Betrug, vollendete Tatsachen werden geschaffen und nachträglich legitimiert, diese Einschätzung setzte sich durch. Aller-

dings muß man dazu sagen, daß es einen Meinungsbildungsprozeß gegeben hat, der ergeben hat, daß einheitlich alle AKW-Gegner in Österreich das Ziel der Demonstration für richtig befunden haben, deshalb waren auch die wichtigsten Losungen der Demo "Parlamentsdebatte über AKW, ein betrügerischer Schmäh" und "Wir wollen kein AKW, dem muß sich die Regierung beugen".

Es gibt in der Bewegung immer die Frage, gibt es zu viel rechte oder zu viel linke Kräfte und daß diese Frage immer wieder Probleme bringt ist klar. Aber es gibt gemeinsame Grundlagen, gemeinsame Forderungen, einen gemeinsamen Kampf. Darüber hinausgehend muß Agitationsfreiheit und Meinungsfreiheit herrschen, d. h. während einzelne Gruppen die Position vertreten, AKW sind an sich gefährlich für immer und ewig, wichtig ist es, daß wir uns im Konsum an sich einschränken, führen andere den Kampf gegen AKWs als Teilkampf für die sozialistische Revolution. Aber es ist bis jetzt gelungen sich zu einigen. Es hat die Frage gegeben: "Gibt es eine Spaltung, gibt es keine" aber auch diese Frage konnte bis jetzt im großen und ganzen, auch zu Gunsten der einheitlichen Bewegung gelöst werden. Es ist möglich, daß sich bei der nächsten Delegiertenkonferenz bei der Einschätzung der Demo schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Gruppen ergeben, das ist möglich! Allerdings, wir schätzen es so ein, daß die Tatsachen für sich sprechen, daß die Demo ein Erfolg



SIE IST DA !

DIE ERSTE ÖSTERREICHISCHE ANTI-ATOMKRAFTWERKS- PLATTE

mit
Cilli Miculik,
Eva Pilz,
Sigi Maron,
Kurt Winterstein,
Gruppe Radioaktiv,
Dreschflegel,
Auflauf,
Anti-AKW-Theater
zu haben um S 100,-
bei Buchhandlung Kolisch,
Herrmann, Frauzimmer
und im Club Links.

Informationen bei
Kurt Winterstein, Tel. 26-27-772,
und allen Anti-Atomkraftwerks-
Gruppen.

daß es in der Freiheitlichen Partei Österreichs Kräfte gibt, die ehrlich gegen AKWs sind, die sich ehrlich dagegen einsetzen. Aber solange Leute von der FPÖ in den Elektrizitätsgesellschaften sitzen, die für AKW entscheiden, und in Salzburg ist das geschehen, so lange macht sich die FPÖ verdächtig und muß ihr Verhalten in dieser Frage als politisches Manöver angesehen werden, um bei gewissen kleinbürgerlichen Schichten auf Wählerfang gehen zu können.

"offensiv links": Gibt es Repressionen gegen die Initiative der österreichischen AKW-Gegner?

Schwarz: Die Situation ist die: Wenn man gegen AKWs ist, d.h. man ist ja nicht konkret gegen die Mauern die in Zwentendorf stehen, sondern man führt den Kampf gegen die Entscheidungsträger, die entscheiden, daß es in Betrieb gehen soll, versucht der Staatsapparat die Anti-AKW-Bewegung zu diskriminieren, weil dieser Staatsapparat hinter dem AKW-Programm steht. Dies äußert sich bei politischen Auseinandersetzungen wie bei der vergangenen Demonstration. Es ist auch so, je mehr der Staatsapparat im konkreten die Staatspolizei über die Bewegung erfährt, je mehr sie weiß, welche Strukturen sie hat, wie stark sie ist, wo sie repräsentiert ist, wo ihre Schwächen, wo ihre Stärken liegen, desto besser kann er bei der Bewegung ansetzen um sie zu spalten.

"offensiv links": Zuerst war die Rede von Spaltungsversuchen, hat es in diese Richtung...?

war und glauben, daß die große Mehrheit der AKW-Gegner in Österreich auch auf diesem Standpunkt steht.

"offensiv links": Wie ist jetzt konkret die Stellung der politischen Organisationen innerhalb der Initiative?

Schwarz: Bei den politischen Organisationen in der AKW-Bewegung zeigen sich zwei verschiedene Arten des Auftretens. Einerseits können die politischen Organisationen ihre Mitglieder

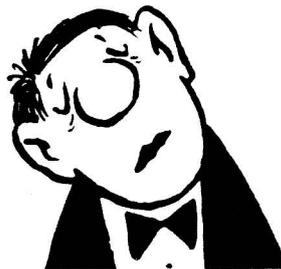
in die verschiedenen Arbeitskreiskomitees schicken, die dort für ihre Ideen werben. Das ist demokratisch und das geschieht auch und das ist auch richtig so. Die andere Form ist die, daß man konkret mit politischen Organisationen die gegen AKWs sind, zusammenarbeitet. Das ist der Naturschutzbund, die JG der SPÖ, die GRM, der Kommunistische Bund, die FÖJ - bfs usw. Ein neuer Aspekt ist aufgetaucht mit der Frage der FPÖ, die sehr umfangreich in Wien plakatiert, daß sie die einzige Partei Österreichs sei, die ein klares Nein zu AKWs sagt. Es ist ohne weiteres möglich,



Durch eine neue Reinigungsmethode ...



... auf sauberster Uran-Grundlage ...



... gelang es bisher zwar nicht, frische Teerflecken ...



... jedoch einen über 800 Jahre alten Markt flecken spurlos zu entfernen.

Schwarz: Je mehr der Staatsapparat Bescheid weiß, was für Kräfte in dieser Bewegung repräsentiert sind, wie die sich zusammensetzen, desto mehr kann der auch versuchen, sie politisch zu spalten. Wie das konkret damals auf der Demonstration in Wien sehr massiv geschehen ist, wo der Bundeskanzler gesagt hat: "Der Kommunistische Bund, Marxisten und Linke und Terroristen die nützen das aus". Das hat er der Delegation ins Gesicht gesagt. Er hat auch der Frau die die Forderungen aller AKW-Gegner, die auf der Konferenz beschlossen worden sind, überbracht hat, ins Gesicht gesagt: "Sie sind auch nur so ein ausge-nütztes Element, Sie lassen sich da mißbrauchen." Genau das sind die Spaltungsversuche.

Es kann sein, daß die Ausein-
setzungen mit dem Staatsapparat
schärfer werden. Wie es konkret aus-
schaut, das muß man der entsprechen-
den Notwendigkeit überlassen. Aber
es ist klar, daß die Sache von Zwen-
tendorf in die Endphase geht, dabei
ist es ohne weiteres möglich, daß der
Kampf bei der Verhinderung der An-
lieferung der Brennelemente, zu einer
stärkeren Auseinandersetzung führen
kann. Dem will der Staatsapparat vor-
greifen, insofern daß er bürokratisch
vorgeht bei Anmeldungen von Demon-
strationen und Kundgebungen und
gleichzeitig die Staatspolizei ansetzt
auf Veranstaltungen, um zu wissen,
was die Ziele der Bewegung sind, wie
es weitergeht und auch konkret sich
einzelne AKW-Gegner herauszugrei-
fen um sie zu kriminalisieren und da-
mit auch die Bewegung.

"offensiv links": Zurück zu
Zwentendorf, zum Atomkraftwerk
selbst, zum Bau und über das Monu-
ment das dort steht und die Argumen-
tation der Befürworter, und zwar in-
sofern daß gesagt wird, na ja, das
kostet 7 Milliarden Schilling und es
ist ein heller Wahnsinn da jetzt kein-
en Betrieb zu machen. Was sagst Du
dazu?

Schwarz: Die Politik die die Re-
gierung zu Zwentendorf macht schafft
vollendete Tatsachen, beruft sich auf
Sachzwänge die es dann gibt und
nimmt es in Betrieb. Die Sache ist



die: Atomkraftwerke sind gefährlich,
stellen für die Bevölkerung eine Ge-
fahr dar. Entweder sie nützen der Be-
völkerung oder sie schaden ihr. Wenn
sie ihr schaden, kann man sie nicht
in Betrieb nehmen, d.h. die Unge-
heuerlichkeit ist nicht die, daß 7 Mil-
liarden Schilling schon verpulvert
wurden, sondern obwohl Atomkraftwer-
ke gefährlich sind, obwohl das bekannt
ist, obwohl es immer wieder Wissen-
schaftler gesagt haben, die nachge-
wiesen haben wo die Gefahren der
Atomenergie stecken, trotzdem eines
gebaut wurde. Daß wir uns jetzt nicht
identifizieren können mit den 7 Milli-
arden die da drinnen stecken, das
stimmt, das sind die Steuern, die die
Bevölkerung bezahlte, aber deshalb
können wir der Regierung keinen
Blankoscheck auszustellen, weil sie
eben schon Sachzwänge geschaffen
hat.

Das Interview führte für "offensiv links"
Fritz Z. und Gerhard K.



7. November 1917:

Von der Revolution zum "realen Sozialismus"



Aus den zehn Tagen, die die Welt erschütterten, wurden zehn Jahre. So lang währte der revolutionäre Elan einer Avantgarde, hielt er der inneren Konterrevolution und der äußeren Bedrohung, der imperialistischen Invasion stand – und siegte. Aber ihre revolutionäre Potenz war versiegt. Der Tod Lenins besiegelt das Ende einer hoffnungsvollen und stürmischen Dekade der Umwälzungen. Dieser frühe Tod eines spät zu Ehren gelangten Berufsrevolutionärs, großen Theoretikers und faszinierenden Menschen ist mehr als eine nur subjektive Tragödie für die junge Sowjetunion und die Revolution.

Lenin wußte, daß der Sieg der Bolschewiki in Rußland Faktoren geschuldet

war, welche den Sieg mit vielen schweren Hypotheken belasten würden. Es war die Rückständigkeit des Zarenreichs, seine totale Zerrüttung, die es u. a. zum schwächsten Glied der imperialistischen Kette machten. Es war zugleich das mächtigste Glied der Kette: wer, wie Lenin, dem subjektiven Faktor die nötige Radikalität zu geben vermochte, der brauchte sich in Petersburg jener Tage nur zu bücken, um die Macht, die auf der Straße lag, aufzuheben. Die Macht im größten Land der Erde hielt der damit automatisch in der Hand. Diese Macht zu halten: das war die Revolution in Rußland, nicht die Stürmung des Winterpalais. Das war Symbolik.

Worauf Lenin vertraute, was er leiden-

schaftlich erhoffte, traf nicht ein. Die rettende Revolution in den kapitalistisch höher entwickelten Ländern Europas blieb aus – nicht zuletzt dank der ewig schwankenden Haltung der Führer der Sozialdemokratie, auch des Austromarxismus unter Otto Bauer. (Österreich wäre das verbindende Glied zwischen der Räterepublik in Ungarn und in Bayern gewesen.)

In einem halb verhungerten, vom Krieg ausgezehrt und an Reserven erschöpften Land mußte eine neue disziplinierte Armee, eben die rote, aus dem Boden gestampft werden, um den weißen Terror zu brechen, die Invasionstruppen aus dem Land jagen zu können. Allein das Verdienst, dies geschafft zu haben, wür-

de ausreichen, um Trotzki an Bedeutung neben die überragende Persönlichkeit Lenins zu stellen.

Der "Macher" Stalin

Daß sein schärfster Rivale, in allen geistigen und menschlichen Belangen entgegengesetzte Widerpart, der stille und geduldige Parteibürokrat Stalin schließlich das Erbe Lenins antrat, hängt nicht mit Verdienst und Rang von Persönlichkeit in der Geschichte zusammen. Es ist das dringende Gebot der Stunde, einer neuen, veränderten Situation, die große Persönlichkeiten stürzt und andere, kleinere an die höchsten Stellen der Macht hievt. Das ausgeblutete, verwüstete Rußland mit einem an sich schon kleinen, durch den Bürgerkrieg zusätzlich dezimierten Proletariat und den rückständigen Bauernmassen hatte zu wählen. Zwischen der Flucht nach vorn, der Entfaltung der Revolution an seinen Grenzen und allen nur erreichbaren Regionen der Erde. Oder dem langen Marsch durch die riesigen Gebiete des eigenen Landes mit seinen schier unlösbaren Problemen. Alles, was sonst die bürgerliche Revolution an politischen Errungenschaften und die ihr gemäße Produktionsweise, der Kapitalismus an ökonomischen Leistungen vollbringt – sonst das Werk einer Epoche – sollte in Eiltempo binnen weniger Jahre nachgeholt und gleichzeitig übersprungen werden.

Der Preis, der dafür entrichtet wurde, war der Geist der Revolution. Übrig blieb eine leere Hülle, ihr Leichnam. Wie Lenins makaber anmutende Mumie, wurde sie einbalsamiert und in einen Kristallsarg gelegt, zwar sichtbar für alle Welt, aber kälter noch als ein Marmormonument. Statt weniger Staat gab es den totalitären Staat. Statt mehr Demokratie an der Basis, wurden alle Entscheidungen zentralisiert. Statt der Sowjets, der Räte, herrschte der allmächtige Apparat mit einem Allgewaltigen an der Spitze, dessen Machtfülle jene des Zaren in den Schatten stellte. Aus der Diktatur des Proletariats wurde die Diktatur für das Proletariat. Wer sich nicht beugte oder sich ihr gar

entgegenstellte, ob Einzelperson oder ganze Nation, wurde gebrochen, beiseitegeräumt, deportiert. Zuallererst die alten Mitarbeiter Lenins, Zeugen und Zeuger der Oktoberrevolution, ihrer Absichten, ihrer Gesinnung. Aber noch entsetzlicher vielleicht als die Liquidierung der ersten Bolschewiki war die Vorgangsweise gegen sie, das Wie, war das Schauspiel der Selbstanklagen, Demütigungen und gegenseitigen Beschuldigungen der einst stolzesten Revolutionäre der Welt. Und eine ganze proletarische Internationale, die das grauenhafte Gespenst des Faschismus heraufdämmern sah, seine ersten Un-Taten erlebte, weigerte sich, die letzte Hoffnung gegen dieses Monster aufzugeben, das Bollwerk Sowjetunion des monströsen Stalinismus.

Bucharins letzte Worte vor dem Tribunal waren: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen und Stalin fast unmittelbar nach seinem physischen Tod auch geistig für tot erklärt. Vergeblich der Versuch seiner Epigonen, Breschnews und Konsorten, gegen dieses vernichtende Urteil Revision einzulegen. Die Sowjetunion wird erst wieder zu ihrem Ursprung, zur sozialistischen Revolution zurückfinden, wenn sie dieses alle grandiosen Errungenschaften des roten Oktober in Frage stellende Kapitel des Stalinismus von A bis Z aufgekündigt und beseitigt haben wird.

"Mußte" es so kommen?

Es ist unter kritischen Sozialisten Mode geworden, an Hand einer bestimmten Marx-Rezeption die Unvermeidbarkeit, die historische "Notwendigkeit" der stalinschen Deformationen darzulegen. Die gängigste Methode ist der Versuch nachzuweisen, daß in Rußland auf Grund der vorhandenen Voraussetzungen und Schwierigkeiten eine "asiatische" Spielart des Sozialismus sich habe zwangsläufig etablieren müssen. Dieser merkwürdige Determinismus, dem freilich Lenin dann ebenso geopfert werden muß wie Stalin, wird offensichtlich Lügen gestraft, nimmt man die Erfahrungen anderer Revolutionen zur Hand, sei es der chinesischen, der



jugoslawischen oder der kubanischen, die in mancherlei Hinsicht andere Möglichkeiten der Entwicklung und Entscheidung dokumentieren. Das bedeutet nun nicht, daß diese Revolutionen eher als die sowjetische Modellcharakter für uns oder ein anderes Land haben könnten. Es zeigt sich heute immer mehr, daß bei der Ungleichzeitigkeit des Verlaufs der Weltrevolution keiner Revolution im nationalen Maßstab ihre spezifischen Erfahrungen erspart werden können. Selbst innerhalb der eurokommunistischen Parteien Westeuropas gibt es so gewaltige Unterschiede wie z.B. zwischen der KPI und der KPF. Unterschiede, die so ohne weiteres nicht aufhebbar sind. Der gemeinsame positive Aspekt ist hier die Perspektive, aus den Fehlern anderer Revolutionen gelernt zu haben, bestimmte Holzwege von vorn herein zu kennen und vermeiden zu können – was aber nur in der Praxis möglich ist. Es ist daher auch keineswegs sicher, daß diese Länder aus ihrer objektiven Situation: aus dem hohen Stand der Produktivkräfte und aus den dazugehörigen Lebensgewohnheiten der Massen ausschließlich Vorteil-



haftes für eine sozialistische Entwicklung ableiten können. Es gibt keinen Automatismus in der menschlichen Entwicklungsgeschichte, weder positiv, noch negativ.

Die bloße Verdammung der Realität sagt nichts über die Zukunft

Eine andere kritische Tendenz der marxistischen Linken wiederum hält von Zeit zu Zeit über die Sowjetunion und die anderen Länder des "realen Sozialismus" ein marxistisches Scherbengericht ab, an dessen Ausgang diese Länder in Bausch und Bogen "verurteilt" werden. Auch diese Tendenz setzt sich meines Erachtens allzu leichtfertig über gewisse Aspekte hinweg, die den "realen Sozialismus" zwar nicht beschönigen, seine durchaus objektiven Probleme aber erklären helfen könnten. Ein solcher Aspekt ist die von den USA und den anderen imperialistischen Mächten forcierte Aufrüstung. Die ungeheuren Kosten dieses Rüstungswettlaufs könnten in den im Bürokratismus steckengebliebenen Übergangsgesellschaften sofort und ohne negative Erschütterungen anderen, nützlichen und dringend notwendigen gesellschaftlichen Zwecken zugeführt werden. Wäre das der Fall, vorausgesetzt, daß eine weltweite, gleichzeitige und totale Aufrüstung zustandekäme, fiel auch noch der ständige psychologische Druck im Inneren, die Psychose des Belagerungszustandes weg. Eine Entwicklung könnte da einsetzen, ähnlich jener des Prager Frühlings. Dieser Frühling würde selbst noch das sibirische Eis zum Schmelzen bringen!

Dies sollten wir auch bedenken, wenn uns heute beim Gedenken an die Oktoberrevolution nicht mehr so recht warm ums Herz werden will.

Zsolt Patka



Probleme des Sozialismus



Auf Seite 9 bringt die "Volksstimme" vom 5. August 1977 unter "Kulturnotizen" den kurzen Vermerk des Todes von Ernst Bloch. Da heißt es:

Bloch, 1885 in Ludwigshafen geboren, studierte in München und in Würzburg, mußte 1933 wegen "Verächtlichmachung des Dritten Reichs" außer Landes (Schweiz, Frankreich, USA). 1949 wurde er als Professor an die Universität Leipzig berufen, verließ aber in der Folge - 1961 - die DDR und nahm einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen an.

Philosophisch war Ernst Bloch, dessen Hauptwerk den Titel "Das Prinzip Hoffnung" trägt, vom utopischen Sozialismus geprägt. Dies brachte in vielen Fragen geistige Rückgriffe mit sich, da es ja den wissenschaftlichen Sozialismus gibt; und erschwerte wesentlich Blochs Verständnis für die Probleme des realen Sozialismus.

Die Floskel "verließ aber in der Folge ... die DDR" trifft heute auf so viele Künstler und Intellektuelle der DDR zu, daß man von einer ganzen Folge-Generation Ernst Blochs sprechen könnte. Wahrlich veräterisch das Wort: sie "verlassen" als Folge ihres aufrechten Ganges, ihrer aufrechten Gesinnung ein Land, das sich sozialistisch nennt. Wo sie bis zuletzt verfolgt wurden.

Eine Veranstaltung für Jugendliche in der Hauptstadt der DDR, Berlin-Alexanderplatz artet in eine Massenschlägerei aus, die nachher von den DDR-Behörden als das Werk einiger Rowdys abgetan wird. Die Meldung von Toten und Schwerverletzten unter den Jugendlichen und den Volkspolizisten wird dementiert.

Dieses, jenes und anderes mehr erschwert allgemein das Verständnis für die Probleme des "realen" Sozialismus. Vielleicht würde ein bißchen Utopie doch nicht schaden ...

Z.



Verschleierungen – Entschleierungen

Die, welche einmal die Staatsgeschäfte verwalten, laufen Gefahr, immer mehr und mehr von der Sache weg und nur auf die Form hin zu sehen. Daher nimmt in den meisten Staaten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt das Personal der Staatsdiener und der Umfang der Registraturen zu und die Freiheit des Menschen ab.

W. v. HUMBOLDT, Grenzen der Wirksamkeit des Staates.

I.

Wenn wir uns jetzt nicht ins Bockshorn jagen lassen von einer wild gewordenen Rechten, auf die die Linke wiederum oft mit Bocksprüngen reagiert – dann bleibt für uns bei der ganzen Terrorismus-Debatte noch eine wichtige Frage zu klären und zu beantworten: die Frage der Gewalt.

Wir lehnen die individuelle, d. h. von Einzelpersonen, von privaten, gesellschaftlich isolierten Gruppen praktizierte Gewalt (Terror) als Mittel revolutionärer Politik und Praxis ab, denn:

1. Terror verschleiert den Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge

Durch Terror lassen sich politische Inhalte für ein breites gesellschaftlich relevantes Klassenspektrum nicht vermitteln. (Terror ist und bleibt eine Privatangelegenheit einiger weniger). Im Gegenteil: selbst noch das einleuchtendste Motiv entschwindet hinter der Form seiner Realisierung. Eine Bombe gegen den Medien-Terror der Springer-Presse tötet einen Arbeiter. Die Arbeiter, die die Springer-Presse lesen, identifizieren sich über den toten Kollegen noch mehr als bis jetzt mit der Springer-Presse und gegen die Bombenwerfer.

Statt gesellschaftliche Widersprüche aufzuzeigen, bleibt das verschleierte Spektakel zurück. Dafür sorgen schon die bürgerlichen Massenmedien, die sich ihrerseits ja bei der Verschleierung der Leserblicke für die gesellschaftlichen Hintergründe hemmungslos medien-terroristischer Mittel bedienen. Und darüber hinaus erfolgreich den Verlauf des tödlichen Spektakels – je blutiger desto besser für das Blatt – mitbestimmen: Verhinderung der Übergabe des Lösegelds für Schleyer durch eine gezielte Indiskretion seitens einer Nachrichtenagentur; Entlarvung des Kapitäns der Lufthansa-Maschine bei den Entführern durch Hinausposaunen seiner diskreten Hinweise über Anzahl und Bewaffnung der Entführer gegenüber dem Kontrollturm in Dubai. Seine Ermordung kommt dann wie bestellt...

2. Die Opfer der Schleyer-Entführung sind durch nichts zu rechtfertigen

Terror kann seinem Wesen nach kein strategisches Konzept revolutionärer, also gesellschaftsverändernder Praxis sein. Denn entweder erreicht er sein einzig mögliches Ziel, nämlich Farnal zu sein, zündet er als Funke und führt zu Massenkämpfen – damit hebt er sich selbst auf. (Dies war während der algerischen Revolution und in der

ersten Phase der Rekonstruktion des palästinensischen Befreiungskrieges tatsächlich der Fall.) Oder: Terror kommt über seinen spektakulären Charakter nicht hinaus, bleibt gesellschaftlich und klassenmäßig isoliert und wird zum Selbstzweck. Die RAF ist sehr bald in dieser Sackgasse gelandet. Da sie nun mit dem Rücken zur Gefängniswand kämpft, gelten ihre Aktionen fast ausschließlich ihrer Selbsterhaltung, Selbstbefreiung und Selbstbestätigung.

Vier tote Beamte, vier Lohnabhängige im Dienste eines Staates, der bei keiner noch so verrenkten Ideologiegymnastik faschistisch auszumachen ist, der stinknormal bürgerlich-imperialistisch (1), aber von diktatorisch noch ein gutes Stück entfernt ist, das ist durch nichts zu rechtfertigen, weder politisch, noch moralisch, noch ideologisch. Das ist und bleibt Mord, den ein jeder im Namen jeder sektiererischen Idee begehen könnte, verschafft er sich nur eine Maschinenpistole. Da man nun einmal die Waffen hat, läßt man diese statt besserer Argumente halt reden (pardon: bellen).

(1) Der Unterschied zwischen diktatorischem, faschistischem und "stinknormalen" bürgerlich-imperialistischem Staat:

Griechenland unter der Junta-Herrschaft und heute; Portugal vor dem Sturz Caetano und heute; Spanien unter Franco und heute. Nazi-Deutschland eben und die BRD auch noch heute!



3. Terror ist keine Guerilla

Nach keiner Definition und keiner Erfahrung ist **Terror** eine Kriegsform. Wäre Che Guevara ein Terrorist gewesen, er wäre heute längst in Vergessenheit geraten. Er ist zwar gescheitert, in einem Krieg gefallen als Soldat und als revolutionärer Kämpfer für die entrechteten und unterdrückten Massen Boliviens. Marighella, die Tupamaros, Camillo Torres, sie alle sind gescheitert mit einer spezifischen Form des revolutionären Krieges gegen politischen und ökonomischen Terror der herrschenden Klassen Lateinamerikas. Sie sind gefallen als Revolutionäre. Ihre Sache lebt, sie wird eines Tages in anderer Form erkämpft werden, sie wird triumphieren, kein Zweifel.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland konnten die Narodniki (2) – bei aller Unvergleichbarkeit ihrer Motive und Methoden mit denen der RAF – auch keinen historischen Anspruch erheben, Wegbereiter der Revolution gewesen zu sein.

(2) Narodniki: russische Terroristen, die die Befreiung des Volkes durch Ermordung der zaristischen Repräsentanten anstrebten.

4. Terror ist verwechselbar

Die Seiten der Barrikade sind unverwechselbar, die Fronten des Klassenkampfes, mögen sie noch so kompliziert verlaufen, die Interessen der Ausbeuter und Ausgebeuteten sind unverwechselbar.

Es ist jedoch unmöglich mit Sicherheit auszuschließen, daß eine im Namen der sozialistischen Revolution agierende Terroristengruppe in Wirklichkeit nicht von der Reaktion gesteuert wird. Die Zahl der Provokationen von rechts in der Gestalt des "linken" Terrors ist Legion. Die GRAPO in Spanien, die Roten Brigaden in Italien werden bis weit in die extreme Linke hinein als faschistisch gesteuerte Terrorgruppen eingeschätzt. Selbst Gruppierungen wie die ETA im Baskenland oder die IRA in Nordirland, die über beträchtlichen Anhang in der Bevölkerung verfügen und keineswegs nur einen privaten Krieg führen, sind vor solchen Gefahren nicht gefeit. In Nordirland wurden und werden rein private Fehden als IRA-Vergeltungsaktionen getarnt ausgetragen. Exekutive und IRA sind hilflos und ratlos. Der jüngste Terroranschlag

im Baskenland kam von einer abgesplitterten Gruppe der ETA und war ein politischer Wahnsinnsakt zu einem Zeitpunkt, wo ein Großteil der Forderungen der baskischen Massen kurz vor ihrer Erfüllung steht. Wer soll da noch unterscheiden können, ob der Anschlag von einer verirrten Sekte der ETA oder einer als solche getamten Gruppierung der Falange kam? Der Effekt ist jedenfalls derselbe: Franco dankt aus dem Grab.

Nein, Terroristen müssen gar nicht von der Rechten und der Konterrevolution geködert sein. Der naive Linksextremismus kann in mancher Situation besser ihren Zielen dienen als faschistische Schläger- und Mörderbrigaden. Wir dürfen uns nicht von Äußerlichkeiten täuschen lassen: nicht vom roten Stern, nicht von der **ach** so vertrauten Phraseologie. Nach ihren Taten und deren Auswirkungen müssen wir sie beurteilen.

Gewalt, revolutionäre Gewalt der Massen und des Klassenkampfes ist legitim und notwendig.



Sondertruppe GSG 9

Wer sie leugnet, ihr abschwört oder vor ihr zurückschrickt, gibt damit auch jede Hoffnung und Aussicht auf gesellschaftliche Veränderungen preis, unterwirft sich sklavisch der Gewaltförmigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse, verkennt den Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates und seiner Organe. Davon handelt der zweite Teil.

II.

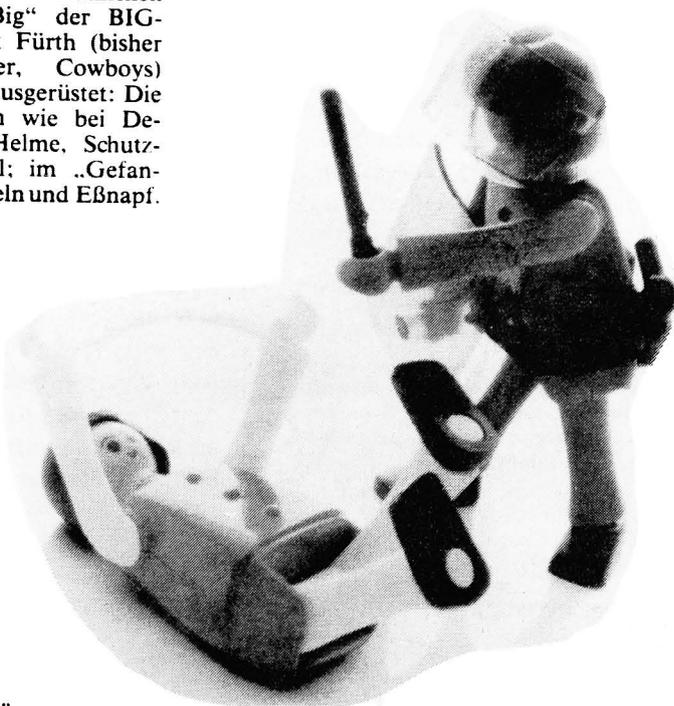
Terroristen, Humanisten und umgekehrt

Der Terrorist erpreßt, indem er ans Gewissen, an die Menschlichkeit seines Gegenüber appelliert. Wenn bis dann und dann nicht das und das geschieht, passiert was. Eine Handvoll bis zur letzten Konsequenz entschlossener Einzelgänger kann den Staat und dessen wichtigstes Organ, die Exekutive, in relative Ohnmacht versetzen. Die Regierung verhandelt, feilscht, geht auf die Forderungen ein und verliert dadurch an Glaubwürdigkeit bei den Bürgern. Daher läßt sie in letzter Zeit lieber stürmen, soweit die Geiselnnehmer gestellt sind, riskiert es, nicht nur die Geiselnnehmer, sondern auch Geiseln zu töten, wie in Holland zuletzt.

Die Glaubwürdigkeit des Staates ist gefestigt, die toten Geiseln sind einen unfreiwilligen Heldentod gestorben, es ist alles in Ordnung. Was tun aber, wenn die Entführer mit ihrem Opfer verschwinden? Bonn sagt dazu: abwarten. Nichts tun ist auch eine Tätigkeit. Die aufreibendste für die Terroristen, weil die Entscheidung damit wieder bei ihnen liegt. Das ist passive Weigerung, auf die Taktik der Terroristen einzugehen. Wenn die Sache dann um eine Stufe eskaliert und auch noch eine Lufthansa-Maschine entführt wird, um Druck auf die Abwartenden zu verstärken, sie endlich zum Handeln zu zwingen, setzt sich eine fürchterliche Maschinerie in Gang. Diplomatischer Druck, verlockende Angebote für Entwicklungshilfe in DM und ein mobiles Einsatz-

Knüppel aus dem Sack

Kann ab sofort auch in deutschen Kinderzimmern gespielt werden. Die Gliedermannchen Marke „Play Big“ der BIG-Spielwarenfabrik Fürth (bisher Feuerwehrmänner, Cowboys) wurden aktuell ausgerüstet: Die Polizisten tragen wie bei Demonstrationen Helme, Schutzschilde, Knüppel; im „Gefangenen-Set“: Fesseln und Eßnapf.



aus "Zeitmagazin"

kommando wie in Entebbe werden als Mittel eingesetzt, um noch im entferntesten Winkel der Erde stürmen zu können. Helmut Schmidt kalkuliert das Risiko und trifft Entscheidungen kalt wie Eisen und hart wie Krupp-Stahl.

Die Öffentlichkeit ist gespalten. Selten überwiegt die Sorge und die Anteilnahme am Schicksal der Opfer. Eher regt sich der Urinstinkt des Mobs, des bewußtlosen Haufens, des aufgetriebenen Pöbels: F.J. Strauß ist der große Meister dieser Sparte freiheitlich-demokratischen Politikerverständnisses. Übergebt die Terroristen dem Volk, und das Problem ist ein für allemal gelöst. Lynchjustiz für die Terroristen! Aber warum nur für sie? Ilse Leitenberger von der "Presse" besteht doch gerade darauf, daß Terroristen ganz gewöhnliche Kriminelle sind. Dann aber halten wir es lieber mit dem unbestechlichen Nimmerrichter alias Staberl: Todesstrafe, Kastration nach gleichem Recht für alle. Daneben gibt es auch Stimmen von berufenen Humanisten unserer Zeit: Dürrenmatt forderte aus der Schweiz, Schleyer soll doch geopfert werden! Was die BRD-Regierung in diplomatischer Stille nur lenkt, denkt ein Dichter laut vor sich hin.

Rechtsstaat kontra Terror und umgekehrt

Die RAF führt in der BRD einen privaten "antiimperialistischen" Krieg. Sie hat zunehmend Erfolg dabei. Dank ihren Gegnern, den BRD-Imperialisten. Terror gibt es nicht nur in der BRD. Es gibt ihn in Holland, in Japan, in Italien, wo eigentlich nicht? Der Unterschied ist nur: andere Länder, andere Sitten. Nicht etwa was den Terror, sondern was seine Bekämpfung betrifft.

Anderswo tut man es im Rahmen rechtsstaatlicher Prinzipien. Bonn aber befindet sich, wie Spiegel-Herausgeber Augstein schreibt, im "Weltbürgerkrieg". Diesen Zustand zu konstatieren und daraus Konsequenzen abzuleiten, blieb wieder einem Humanisten vorbehalten. Golo Mann nimmt knapp nach Bekanntwerden der Schleyer-Entführung theoretisch vorweg, was die Regierung zu Bonn praktizieren wird, dabei ihre eigene Krise noch verschärfend: die Aufhebung einiger fundamentaler Grundsätze bürgerlichen Rechtsstaats bezüg-



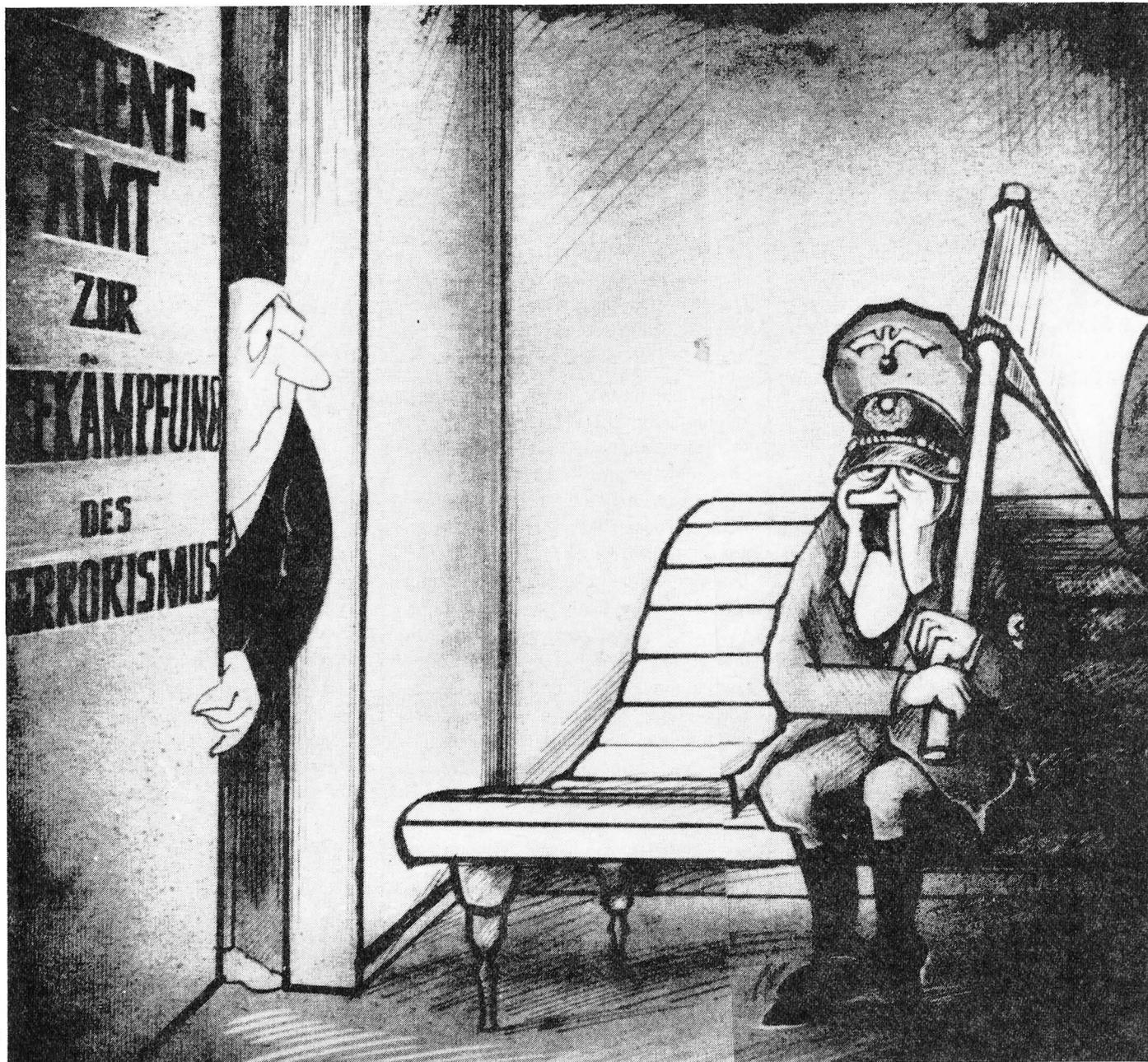
lich der Vertrauensanwälte (3). Die Drachensaat, von Intellektuellenhand mitgesät, geht über Nacht auf. Die übelste Hetzkampagne seit den Bücherverbrennungen der NSDAP erfaßt die BRD und schwappt an der Bayrischen Grenze nach Österreich über.

Die "Salzburger Nachrichten" blasen in einem Leitartikel, betitelt "Liebenswerte Anarchisten" das Halali zur herbstlichen Treibjagd auf das

(3) Und die Erwägung, politische Gefangene als "Gegen-Geiseln" zu erschießen. So in einer Panorama-Sendung am 17.10.1977. (Dies und der einige Tage darauf "eingetretene" Tod der Gefangenen von Stammheim könnte diesen Nachkommen des großen Thomas, der seinen Mann auch politisch anständig zu stellen wußte, ebenfalls unsterblich machen.)

Rotwild aller Schattierungen. Böll zuletzt noch. Er wird weidmännisch zerlegt. Als er gegen Sippenhaftung in einem Fernsehinterview im Bayrischen Rundfunk protestieren will, wird die Sendung auf Befehl von oben kurzerhand abgesetzt. Die Hatz auf "Sympathisanten" nahe und entfernte, greift logisch und konsequent auf die gesamte Sozialdemokratie über. Eine Zitatensammlung von der CDU soll belegen, daß die Urheberschaft des Terrors nicht nur beim Nobelpreisträger für Literatur Böll, sondern auch beim Nobelpreisträger für den Frieden Willy Brandt liegt. (Für etwas Bodenständiges bekommt ein Westdeutscher ja so leicht einen Nobelpreis nicht!) Brandt kann sich nicht beklagen. Helmut Schmidt und seine

Riege hat alles richtig hingebogen, um diese Atmosphäre des Gifts, der Galle und des politischen Fallstricks an dem anderen wird schon fleißig geknüpft) mit teutonischer Gründlichkeit herzustellen. Kein Wunder. Der stärkere erfolgreichere und mächtigere Teil Deutschlands fühlt sich wieder einmal verkannt. Er soll z. B. allen Ernstes einen altersschwachen Massenmörder ausliefern. Das greift dieser Bundesrepublik ans Herz. Es blutet vor soviel Zumutung. Daß ein verdächtiger Baader-Meinhof-Vertrauensanwalt von den französischen den BRD-Behörden nicht stante pede ausgeliefert wird, erschüttert das Vertrauen derselben BRD in die Gerechtigkeit aufs tiefste. Was hat Croissant mit Kappler zu tun?



Und was kann Bonn dafür, daß in Bundeswehr-Kreisen, unter Anwärtern für das Heeres-Pädagogen-Amt "symbolische" Judenverbrennungen stattfinden, daß der Hitlergruß unter den Soldaten grassiert?

Es sind die Entgleisungen einzelner, die disziplinarisch geahndet werden. Was können die führenden Männer der BRD und ihrer politischen Parteien dafür, daß es heute wieder soviel Interesse für Hitler, für ein "objektives" Bild vom Dritten Reich und seiner Heldentaten unter Jung und Alt gibt? In der BRD kann jeder eine Karriere machen, auch post mortem, wenn er nur nicht gegen das Grundgesetz verstößt! Hitler macht z. B. heute seine zweite Karriere. Wenn auch nur auf der sauberen Leinwand. Bis jetzt.

Post scriptum:

Am Ende bleibt Angst, Zorn und Scham.

Angst vor der Entwicklung, die jetzt auf die Bundesrepublik Deutschland, aber auch auf uns zukommt.

Zorn auf das gemeine Triumphgebrüll angesichts des Todes der Gefangenen in Stammheim. Nein, das ist keine klammheimliche Freude, das ist offene, zynische Bejahung der Möglichkeit gewesen, daß hier staatlicher Fememord in schützenden Gewand der Justiz verübt wurde.

Und Scham, doppelte Scham: Für die Ermordung Schleyers, die gemeinsam von einem Haufen abgrundtief verzweifelter Abenteurer und von den Bonner Verantwortlichen verübt wurde. Scham auch für unsere Schwäche, die uns unfähig macht, einer ganzen verlorenen Generation, ihren Hoffnungen und ihrer Illusionen eine politische Heimstätte zu bieten, die sie vor ihrer selbstmörderischen, ihre Gesichter entstellenden, ihre Ideen verstümmelnden Raserei bewahren, wo sie ihren Glauben, ihre Energie und ihre Opferbereitschaft für eine bessere Sache einbringen könnte.

Zsolt Patka



Gewerkschaften in der BRD

Wovon die Linke seit Jahrzehnten träumt, scheint in der BRD allmählich wieder politische Realität zu werden: eine Beteiligung der Basis an gewerkschaftlicher Politik.

Vom 18. bis 24. September 1977 fand in Düsseldorf der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG-Metall statt. Die IG-Metall ist mit 2,6 Millionen Mitgliedern die größte bundesdeutsche Einzelgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Der Gewerkschaftstag setzte sich aus 546 Delegierten zusammen, davon sind 55 Prozent Arbeiter und 34 Prozent Angestellte.

Nicht wie seit langem üblich, wurden die Anträge, die vom Vorstand ausgearbeitet und formuliert zur Abstimmung vorlagen, fast diskussionslos angenommen oder abgelehnt. Nach Abänderung der Geschäftsordnung durch die Delegierten wurden Ergänzungsanträge von der "Basis" eingebracht und der Vorstand hatte sich zu fügen.

Hier einige wesentliche Beispiele, die aufgrund von Delegiertenanträgen so beschlossen wurden:

- 0 die Delegierten empfahlen dem IG-Metall-Vorstand, daß der DGB weiterhin der konzertierten Aktion (sozialpartnerschaftliche Verhandlungen) fernbleibe, und zwar solange, bis die Unternehmer ihre Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz beim Verfassungsgericht zurückziehen oder das Verfassungsgericht entschieden habe.

Nach einem Jahr "praktischer" Erfahrungen mit dem im Juli 1976 in Kraft getretenem Mitbestimmungsgesetz hatten die Unternehmervverbände beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde wegen dieses Gesetzes eingereicht, daraufhin war der DGB von der konzertierten Aktion zurückgetreten.

- 0 Der IG-Metall-Gewerkschaftstag beantragte die Aufnahme der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in das Aktionsprogramm des DGB.

Begründet wurde die Möglichkeit einer solchen Forderung mit der Einführung neuer Technologien. Ziel der 35-Stunden-Woche soll der Abbau der Arbeitslosigkeit sein.

- 0 Zum Problem Energiepolitik machte dieser Gewerkschaftstag den Vorschlag, der als Antrag angenommen wurde, alle Unternehmungen der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung in Gemeineigentum zu überführen.

Die IG-Metall hält allerdings den völligen Verzicht auf Kernenergie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unmöglich. Nicht verzichtet haben die Delegierten auf die Zusatzforderungen nach verstärkter Entwicklung nicht-nuklearer Energiequellen, Lösung des Entsorgungsproblems und demokratischer Beteiligung aller Betroffenen an der Planung von Atomkraftwerken.

Eine starke Minderheit forderte die generelle Verurteilung der Berufsverbote. Angenommen wurde der Antrag in reduzierter Form, wobei in Einzelfällen einer Überprüfung der Berufsverbote für notwendig erklärt wurde. Ursprünglich war der Antrag zu den Berufsverboten mit einer Verurteilung des Terrorismus in einem Atemzug formuliert. Der Protest der Delegierten bewirkte zumindest die Trennung: Verurteilung des Terrorismus und kritische Haltung zur Berufsverbotspraxis.

Der Vorsitzender der IG-Metall Loderer paßte sich wohl oder übel dem kämpferischen Tenor des Gewerkschaftstages an und nannte die IG-Metall eine Kampforganisation, die "...keinen Frieden mit dem Kapitalismus schließen (kann)".

Eine leise Hoffnung, daß sich die Gewerkschaften ihrer ursprünglichen Aufgabe wieder bewußt werden, hat ganz offenbar einen realistischen Hintergrund. Zu betonen ist, daß die in Ansätzen kämpferische Haltung der IG-Metall in der BRD ihren Ursprung in einer sich aktivierenden Basis hat.

Sabine B.



Quelle: "Extradiens"

USA:

Der Volksfreund schminkt ab

Das erste halbe Jahr der Carter-Administration

Trotz allen ideologischen und Werbeummels war es eine müde Wahl gewesen, die letztes Jahr den "Erdnußfarmer aus Georgia" zum Präsidenten kürte.

An die Carterschen Losungen hatten sich vielfältige und starke sozialreformerische und -ethische Erwartungen geheftet. "Soweit sich eine erkennbare Linie durch Carters Äußerungen und durch seine Praxis als Gouverneur zog, war es die populistisch gefärbte Sorge für den kleinen Mann, den wirtschaftlich Schwachen, für eine aktive Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik zur Senkung der

Arbeitslosigkeit, zur gerechteren Verteilung der Steuerlast, gegen die einseitig von den Interessen der Geschäftswelt diktierte Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger". Was ist davon geblieben?

Carter machte zunächst seinem "volksnahen" Regierungsstil (Kamingespräche mit dem Volk übers Fernsehen, Telefonate mit jedermann zu bestimmten Zeiten, Verzicht auf Staatskarossen usw.) einigen Wirbel und versuchte, sich mit allen Mitteln als integrierender Regierunglenker von den Skandalen seiner Vorgänger abzuheben, die "Würde des Amtes" wiederherzustellen. Offenbar, um das Volk auf den nächsten Akt einzustimmen.

Schon im Januar stellte ein liberaler

deutscher Beobachter fest, daß Carter bereits "weit von jeder Himmelsstürmerei entfernt" sei. Zunächst wurde der Präsidentenstab personell aufgestockt, der vorher geächtete Waffenhandel mit Saudiarabien flott abgewickelt (und der mit Persien vorbereitet), der populäre 50-Dollar-Steuerbonus für jedermann sang- und klanglos beiseite gelegt. Durch die in- und ausländische bürgerliche Presse geht ein Aufatmen, überrascht beinahe, wie rasch sich Carter mauert, "redet wie ein Prophet und handelt wie ein Konservativer". Der Nachhall der Wahl und die Cartersche Beschwörung des "nationalen Geistes der Zusammenarbeit" verdeckten schon bald kaum mehr den Umschwung – ohne der Popularitäts-



kurve Carters, den auch Linke halb anerkennend als "shrewd" (schlau) bezeichneten, vorerst Abbruch zu tun.

Government as usual (Regierung wie gewöhnlich)

An der Vertretung der Interessen der Frauen, der Schwarzen, der Gewerkschaften sollte sich die neue Regierung sehr schnell als recht alte entpuppen. Schon die Besetzung des Kabinetts durch den Präsidenten (welches nur ihm verantwortlich ist) war ein Schlag gegen die Hoffnungen des liberalen und sozialreformerischen Flügels der Demokraten. Das "Handelsblatt" war damit sehr zufrieden: "Unabhängiger (!) als Skeptiker vermutet hatten, hat der frühere Gouverneur von Georgia seine Führungsmannschaft zusammengestellt und dabei die Kritik der Gewerkschaften und Minoritätsverbände riskiert".

In die Schaltstellen der neuen Regierung rückten durchweg Politmanager und Technokraten ein, die konservativ orientiert waren. Viele von ihnen hatten schon vorher in der internationalen "Trilateral Commission" zusammengearbeitet, die sich eine Neuordnung der Welt zu amerikanischen Gunsten zum Ziel gesetzt hatte. Für den sozialreformerischen Flügel der Demokraten und der Wähler gab es einige Verzerrungen in Gestalt von Califano (Mitautor von Johnsons "Great Society"), der frauenrechtlerisch betonten J. Krepes als Handelsministerin und des bürgerrechtlichen Farbigen A. Young als UNO-Botschafter.

Aber das machte den Kohl nicht fett, und selbst die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" stellte fest: "Carter hat einige Mühe, sein Wahlkampfversprechen wahrzumachen, nach dem mehr Schwarze und Frauen Kabinettsmitglieder werden sollten".

Der Gesundheitsminister Carter hatte wohl die Nation zeitweilig ideologisch zusammengeschweißt, aber dem Druck einer ungeduldig auf neue

Profitblüte nach der Krise drängenden Bourgeoisie nichts entgegenzusetzen wollen oder können. Nicht nur entschwand die angekündigte Reform der Kranken- und Sozialversicherung schon in den ersten Wochen der Carter-Administration in der Versenkung, erwies sich die angekündigte Reduzierung des Rüstungshaushalts plötzlich als nicht mehr möglich. Carter predigte nun Sparsamkeit, Budgetausgleich, Rationalisierung der Verwaltung. Der als Antibürokrat angetretene Präsident wurde zum Politmanager weiterer sozialer Demonstage in der Linie seiner reformfeindlichen Vorgänger.

Die in den vergangenen Jahren erheblich angeschwollene Staatsverschuldung und Inflation ließen Carter frühzeitig versprechen, den Staatsanteil am Sozialprodukt nicht mehr zu erhöhen und den Bundeshaushalt bis 1981 auszugleichen. Der Staatskonsum ist im Interesse stabiler Preise und einer höheren Rate der Kapitalbildung zu drosseln – und Carter erweist sich als Instrument der bürgerlichen ökonomischen Zwangsgesetze. Sein einkommenspolitisches Programm zur Förderung des Massenkonsums fiel mehr als bescheiden aus. Das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm ging über das von Ford nicht hinaus. Ein neues "Wohlfahrtsgesetz" sieht die Einführung von Arbeitszwang vor. Die Reform der Lebensmittelmarkenausgabe an Arme erleichterte die Bezugsbedingungen, schloß aber zugleich Millionen Bezugsberechtigte durch eine ungünstigere Berechnungsweise aus. Dafür ließ Carter keine Gelegenheit aus, der Industrie, deren Investitionsrate im 4. Quartal 1976 die niedrigste seit dem zweiten Weltkrieg war und die unter dem Druck hoher Zins- und Amortisationszahlungen aufgrund der angehäuften Schulden stand, seine Reverenz zu erweisen: durch Investitionskredite, Absage an Preiskontrollen, Aufhebung von Umweltschutzaufgaben und der Preisbindung für Erdgas.

Von der im März 1977 immer noch (offiziell) 7,3 % betragenden Arbeitslosenrate, dem Desaster der Arbeitslosenversicherung und der weiterhin hohen Inflation (im März 6,4 % über dem Vorjahrsniveau) ist gegenüber der offenen Förderung der Kapitalverwertung nicht mehr die Rede. Auch die Gewerkschaften, denen Carter groß-

zügige Wahlversprechen gemacht hatte und die sich massiv für ihn eingesetzt hatten, sehen ihre Felle davonschwimmen. Sie hatten eine ganze Reihe von Reformvorhaben geplant, welche die sozialen Probleme der Arbeiter spiegeln, ohne diese allerdings selbst massiv in den Kampf für die Lösung dieser Probleme einzubeziehen: Gesetze zur Verbesserung der Streikmöglichkeiten im Baugewerbe; Reform des Arbeitsrechts zur Erleichterung von Organisationskampagnen (wie etwa unter den Textilarbeitern des Südens), Abschaffung der Streikbrechergesetze (ironischerweise "right-to-work-laws" genannt) in den Einzelstaaten, Erhöhung des Minimallohns (Indexbindung an den industriellen Lohndurchschnitt), Streikrecht im öffentlichen Dienst, Importbeschränkungen für gefährdete Industrien. Es sieht nicht so aus, als gelängen den Gewerkschaften hier große Fortschritte – die noch immer hohe Arbeitslosigkeit, die konservative Grundstimmung im Land – mithin auch unter den Arbeitern (neben und trotz erbitterter Einzelkämpfe), die Kluft zwischen Betriebskämpfen und zentraler Gewerkschaftspolitik, das Fehlen einer politischen Arbeiterpartei stecken eindeutige Grenzen. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse wirkt. Die Gewerkschaften haben schon beträchtliche Kompromisse einstecken müssen; so ist der Minimallohn nicht auf drei Dollar pro Stunde, sondern nur auf 2,5 Dollar erhöht worden, und auch das Baustreikgesetz ist bereits von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Frauenbewegung erklärte der Präsident, daß Ungleiches nicht unbedingt gleichgemacht werden solle, daß künftig die Bundeszuschüsse für Abtreibungen zu unterbleiben hätten, womit diese ein Privileg für Reiche werden. Der Zynismus seiner Verkündigung löste erbitterte Angriffe aus, und auch die Schwarzen meldeten bald öffentlich Zweifel an, ob Carter wirklich die soziale Gleichberechtigung der Schwarzen ("affirmative action") so zu fördern gedenke, wie er es versprochen hatte. Ein anderes "Reformprogramm" zwecks Verbesserung der Energieversorgung war mit großer Emphase angekündigt worden. Ausgehend vom Mangel an strategi-



schen Ölreserven, die ein wichtiges politisches Pfand darstellen, wollte der Präsident unter anderem durch höhere Benzinsteuern den Energieverbrauch drosseln. Es ist fraglich, ob der Vorschlag in dieser Form überhaupt ernst gemeint war. Unter dem Druck der Öl- und Autoindustrie und des Massenressentiments gegen jeden Eingriff in die heilige Autosphäre brach der Plan rasch zusammen. Möglicherweise hatte er ohnehin nur zur Legitimierung von Subventionen und Preiserhöhungen dienen sollen.

Die doppelte Menschenrechtsmoral

Wenn die Nation schon nicht mehr Butter zu erwarten hat, soll sie wenigstens mit Weihrauch unterhalten werden. Die scharfen Angriffe Carters auf die sowjetische Behandlung von Dissidenten wurden mit breitem Wohlwollen aufgenommen und ließen wenigstens das patriotische Herz höher schlagen. Daß Chile, Brasilien und andere Diktaturen dagegen nur, wenn überhaupt, mit leisen Tönen kritisiert wurden, störte hierin nicht, ganz zu schweigen vom ökonomischen Massenelend und der Radikalenverfolgung im eigenen Land.

Natürlich steckt hinter dem Weihrauch die harte Absicht, der Sowjetunion ein schärferes internationales Auftreten der USA anzuzeigen. Härte soll wieder deutlicher neben Flexibilität treten und den US-Imperialismus gegenüber den verbündeten imperialistischen Ländern, der Dritten Welt und der Sowjetunion stärken, alter Hegemonialanspruch im neuen "trilateralistischen" Gewand. Der mit viel Pomp abgesetzte Bau des B1-Bombers rief durch die Hintertür neue effizientere und billigere Waffen, also eine neue Stufe der Aufrüstung herein, in Gestalt der Marschflugkörper (Cruise Missiles) und der Neutronenbombe, die das amerikanische Waffenarsenal flexibilisieren und erweitern.

Es handelt sich um einen Versuch allseitiger Renovierung der imperialistischen Hauptmacht. Carter nutzt den ihm gegebenen Vertrauensvorschuß offenbar aufs Intensivste für das bürgerliche Ordnungsgeschäft.

(gekürzt aus: "Links", Oktober 1977)

Ein Armleuchter im Lande des Nordlichtes

Neue Kronen-Zeitung
30. 10. 1977

Rolf R. Bigler

Persönlich

Dr. W. läßt grüßen

Marcus Wallenberg, Dr. e. h., geboren am 5. 10. 1899, verheiratet in erster Ehe mit Dorothee Allen MacKay, 1923, ein Sohn, Marc Wallenberg, **Selbstmord 1971**, eine Tochter, in **zweiter** Ehe verheiratet mit **Baroneß Marianne de Geer**. **Begann** seine Banker-Laufbahn im **Familienunternehmen** der **Stockholm Enskilda Bank**, die **1970** mit der **Skandinaviska Bank fusionierte** zur: „Skandinaviska Enskilda Banken“.



Als **Assistant-Manager** fing **Marcus Wallenberg**, der seit **Jahrzehnten** als der **dynamischste** und wohl auch **härteste** in der Familie gilt, seine Karriere an und **kletterte** im Verlauf der Jahre immer höher: **Generaldirektor** war er **1948 bis 1958**, **Präsident** von **1969** bis vor **wenigen Jahren**: heute ist er **Ehrenpräsident** des Bankhauses.

Er gilt als **hochintelligent**, **eigenwillig** bis **starrsinnig**. Früher, vor **elf Jahren**, verteidigte er sich noch so: „**Wenn jemand eifersüchtig auf die Wallenbergs war, dann nur deshalb, weil die Firmen, an denen wir interessiert waren, so groß wurden. Wir haben unsere Verantwortung immer ernst genommen.**“

Was dem "Kurier" sein Herbert O. Glattauer ist der "Kronen-Zeitung" ihr Rolf R. Bigler.

Man erinnere sich: es ist noch gar nicht so lange her, da hatten die vom "Kurier" die Idee, die Seiten mit mehr oder minder albernen Plaudereien mit den kapitalkräftigen Kommandidisten und Inserenten dieses Blattes zu füllen. Da Herbert O. früher Schallplatten besprach, war er seiner Aufgabe als journalistischer Stichwortbringer auch durchaus gewachsen.

Rolf R. Bigler aber hat es mit der weiten Welt und da kann es schon vorkommen, daß eine der hohen Persönlichkeiten, die es da draußen gibt, ihm in die Quere kommt und die Kronen-Zeitungs-Leser grüßen läßt. 'Na servus!', ist man bereits hier versucht auszurufen. Aber es kommt noch weit schlimmer.

Bigler hat es nämlich nicht nur mit der weiten Ferne und den hohen Persönlichkeiten, sondern auch noch mit dem Feuilleton. Dieses Zusammenreffen fataler Umstände liest sich dann etwa so:

"Schweden ist das gewisse Etwas, das faul ist im Staate Dänemark. Schlimmer. Es ist die totale Sozialdemokratie auf dem Wege zur totalitären."

Wenn das einen nicht vom Sitz reißt. Da glaubte man immer, daß die schwedische SP nach jahrzehntelanger Regierung nun in der Opposition ist, dabei ist Schweden nicht nur ein faules Etwas, das in Dänemark herumliegt, sondern die Sozialdemokratie. Und wahrlich, schlimm geht's dort zu:

"Es gibt Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit. Keiner indes nimmt sie in Anspruch, weil die Schweden, autoritätsgläubig alle das selbe glauben wollen. Kritik wird leiser geflüstert als im Osten."

Zustand' sind das, fast so schlimm wie in der "Kronen-Zeitung".

"Radio Sverige", so Bigler, "sorgt für das tägliche Quantum Desinformation". Die ist so arg, daß sich die dort während der Dauer von Biglers Aufenthalt nicht einmal mit dem richtigen Namen meldeten. Der lautet nämlich Sveriges Radio.

Aber da Bigler nun einmal in Schweden ist, macht er sich an eine Persönlichkeit heran, und zwar nicht an irgendeine, sondern an "Schwedens bedeutendsten Mann": Marcus Wallenberg, Doktor ehrenhalber und Bankier geschäftshalber. "Einer von den Leuten, die Schweden reich machten." Na klar, wer denn auch sonst?

Ein "Mann, um den es wetterleuchtet vor Schicksal - sein einziger Sohn wählte 1971..."

- nein, keine Linkspartei, so schlimm denn nun auch wieder nicht -

"...den Freitod, einen nahen Verwandten, humanitär tätig 1944 in Budapest, ließen die Sowjets auf immer verschwinden, ..."

- gewiß aber erst nach der Befreiung von Budapest am 13. Februar 1945 -

"...während des Krieges pokerte Wallenberg mit den Alliierten, was er gewann, hat er für Schweden gewonnen..."

- diese Verteidigung sollte sich unbedingt jeder, der wegen verbotener Hasardspiele angeklagt wird, merken.

Da sitzt er also nun, der Rolf R. Bigler, im Stockholmer Parkhotel um

Schwedens obersten Stoßspieler zu treffen. Noch ist es allerdings nicht soweit. Was tut daher unser Journalist? "Ich warte erfolglos in einer Ecke." Immerhin, ein Satz, den man ihm getrost glauben darf.

"Um 18.05 Uhr schlendert ein Ober vorbei, grüßt, verschwindet, kommt wieder, geht in eine Verbeugung über und raunt mir ins rechte Ohr." Am anderen ist Bigler vermutlich ohnehin taub.

"Der Schwarze..." - gemeint ist der in eine raunende Verbeugung übergegangene Kellner - "bittet um den Vorzug, meinem Aktenkoffer tragen zu dürfen. Er bittet um meinen Aktenkoffer. Er nimmt meinen Aktenkoffer ..."

Herr Bigler! Schon klar, daß Sie für Zeilenhonorar schreiben müssen, aber übertreiben sollten Sie nun doch nicht. Doch jetzt passiert's:

"Der oberste Ober..." - beim Militär nennen sie den, glaube ich, Oberstleutnant - "tritt mitten in meine Gedanken."

Igitt! (Mir geht das auch immer so. Kaum schaut man einmal nicht auf den Gehsteig... Man sollte Hunde in der Stadt überhaupt verbieten.)

Doch jetzt steht Bigler endlich Marcus Wallenberg gegenüber. "Ich schweige. Nicht voller Hintersinn, aber mit einem Kaviarbrötchen auf der Zunge."

Der vollgepampfte Mund macht den Kronen-Zeitungs-Schreiber trivial-philosophisch:

"Das Problem: Antworten hat der Mensch mehr als genug, aber ich muß jetzt die passenden Fragen finden."

Der Bankier gesteht trotzdem, daß er von der Differenz lebt und investiert:

"Wallenberg selbst zahlt an die 100 Prozent Steuern. Was die bürgerliche Regierung machen sollte - ob ich das wisse?"

Bitt' Sie Herr Wallenberg, - das wollen Sie von einem Journalisten wissen, dem nicht einmal die passenden Fragen einfallen?

So kann denn Bigler nur berichten, daß Wallenberg aus einer Wikingerfamilie stammt und im Ausland "Banking" gelernt hat. Denn in Schweden kann man das nicht lernen, dort kann man nur "täglich Südafrika anklagen, statt die eigene Wirtschaftslage nachzurechnen".

Schlimm. Schlimm.

"Ich bin froh, in Schweden nicht jung sein zu müssen", meint Bigler. Das ist den Schweden auch durchaus zu gönnen.

Aber warum, um alles in der Welt, schreibt dieser Mensch ausgerechnet bei uns?

R. H.



LATEINAMERIKA ANDERS

Nr4/1977

Berichte Analysen und aktuelle Informationen

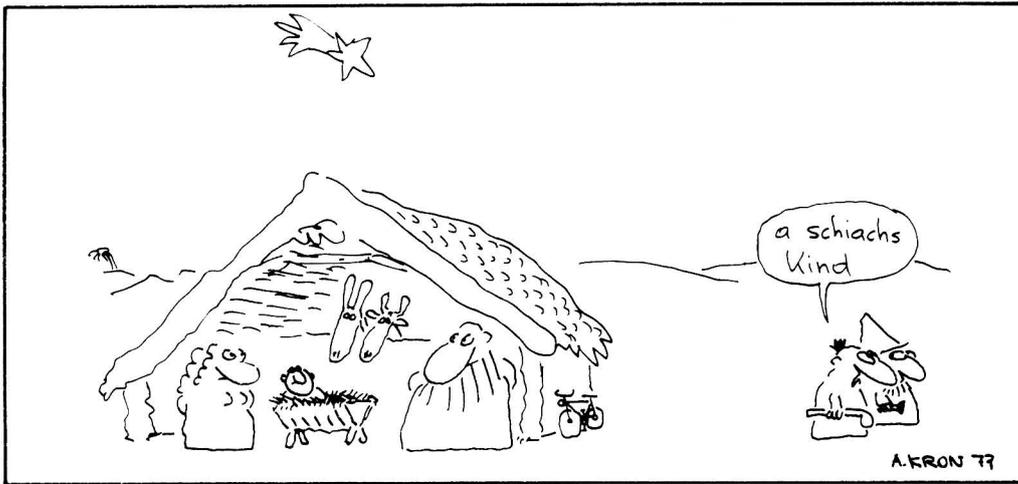


Die Zeitschrift "LATEINAMERIKA ANDERS" wird herausgegeben vom Verein "Informationsgruppe Lateinamerika" - IGLA -

1050 Wien, Schönbrunnerstraße 24/23, Tel. 57-38-293
- und erscheint vier mal jährlich. Einzelpreis S 20,-, Abonnement S 80,- (1 Jahr)



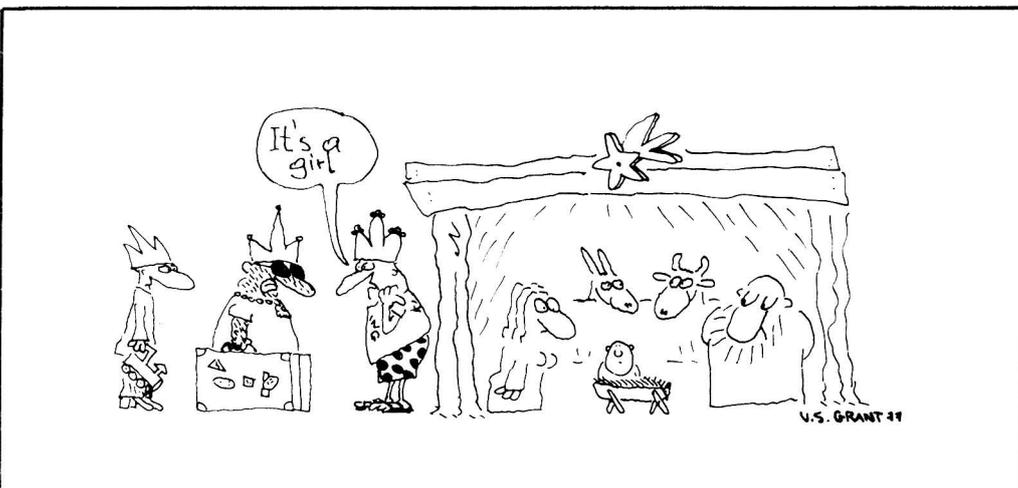
1



2



3

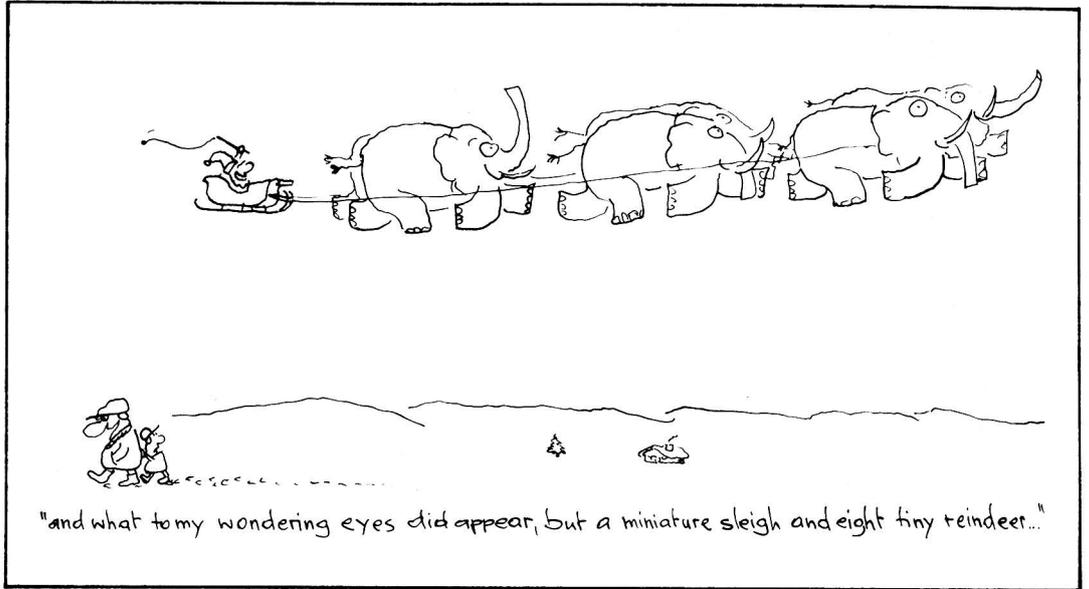


4

FRÖHLICHE WEIHNACHTEN...

... zu wünschen, steht einer "offensiv links"-Redaktion schlecht an. Es sei denn, es geschieht auf fröhliche Art.

Wir hoffen, daß dies mit der Vorstellung der recht unkonventionellen fröhlichen Weihnachtskartenserie von MUCH gelungen ist.



5

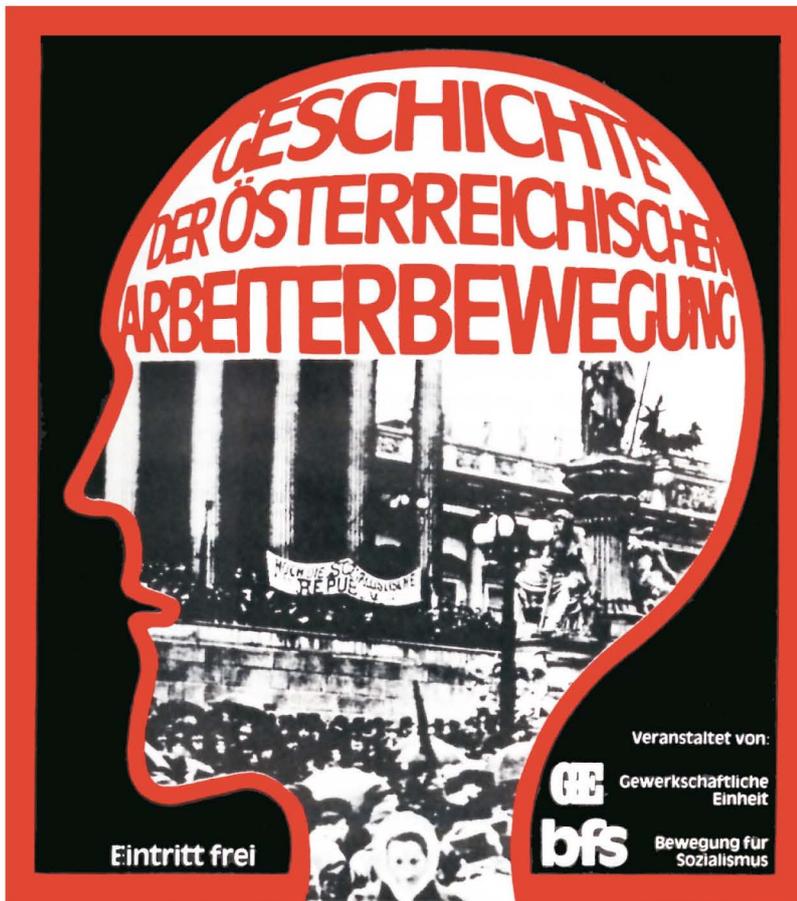


6



7

Die Karten sind pro Stück um S 9,- (samt Kuvert) im Sekretariat der FÖJ-BfS, Belvedere-gasse 10, 1040 Wien, 65-19-52 oder in der Druckerei, Franz Hochedlingergasse 6, 1020 Wien, 33-83-374 (bei Gerhard) zu bestellen.



Veranstaltungsreihe im **CLUB LINKS**

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse)

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF..... ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

38



Dienstag, 13. Dezember 1977

AUSTROMARXISMUS:
THEORIE UND PRAXIS (Teil 2) –
ARBEITERBEWEGUNG UND
DIE OFFENSIVE DES FASCHISMUS

Franz West
(ehem. Chefredakteur der
"Volksstimme")

Dienstag, 10. Jänner 1978

1934–1938
DER AUSTROFASCHISMUS UND DIE
ANTIFASCHISTISCHE GEGENWEHR

Franz West
(1934–1938 war F. W. leitender
Funktionär der illegalen KPÖ)

Dienstag, 24. Jänner 1978

ÖSTERREICH UNTER HITLER UND
DER ANTIFASCHISTISCHE
WIDERSTAND

Dr. Neugebauer
(Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstands)

Dienstag, 7. Februar 1978

DIE PROVVISORISCHE REGIERUNG
1945

Hella Postranecky-Altman
(Unterstaatssekretärin in der
provisorischen Regierung)

Dienstag, 21. Februar 1978

DIE POLITISCHE UND
ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG
IM NACHKRIEGSÖSTERREICH –
PARTEIEN UND ÖGB

Egon Kodicek
(ehemaliger Sekretär des ÖGB)

Dienstag, 7. März 1978

DER 20. PARTEITAG DER KPdSU
UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF
DIE KPÖ

Leopold Spira

Dienstag, 21. März 1978

DAS JAHR 1968 UND ÖSTERREICH

Paul Kolm
(Soziologe; ehemaliger Vorsitzen-
der der Vereinigung Demokrati-
scher Studenten)

Dienstag, 4. April 1978

GESELLSCHAFTLICHE
PERSPEKTIVE HEUTE

Forumsdiskussion